

Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e.V.

Nr. 21

Berlin, den 1. November 1935

19. Jahrgang

Die Karpathenukraine

Schon vor dem Kriege hat es eine karpathenukrainische Frage, oder vielmehr eine „ruthenische“ Frage in Ungarn, gegeben. Sie hat den Budapester Regierungen schon damals viel heimlichen Kummer bereitet. Sonst hat man allerdings kaum etwas von der Existenz einer solchen Frage gewußt. Für fernerstehende Beobachter ist sie erst nach dem Kriege in Erscheinung getreten, als zusammen mit den slowakischen auch die ukrainischen Gebiete Nordungarns dem politischen Machtbereich der Tschechen zugeteilt wurden. Erst damals ist die Karpathenukraine als verwaltungsmäßig umrissenes Gebilde entstanden, das sich allerdings mit den karpathenukrainischen Siedlungsgebiete insofern nicht deckt, als es auf der einen Seite einen Streifen madjarischen Volksbodens umfaßt, während auf der anderen Seite ein Teil des ukrainischen Volksgebietes der Slowakei zugeteilt worden ist.

Die Karpathenukraine, ein Gebiet von über 12 600 Quadratkilometern, ist zum weit-aus größten Teil Gebirgsland, dessen Hauptreichtum die ausgedehnten Wälder bilden, die mehr als die Hälfte der gesamten Landesfläche bedecken. Das Ackerland im Gebirge ist spärlich, der Boden karg, die Besiedlung dünn. Nur mit ihrem südlichen Teil reicht die Karpathenukraine in das fruchtbare, verhältnismäßig dicht besiedelte, aber zum Teil verumpfte Tiefland hinein. Im Gebirge bildet die Waldwirtschaft eine wesentliche Existenzgrundlage der fast durchweg in ärmlichen Verhältnissen lebenden Bevölkerung; es werden dort vorwiegend Hafer und Kartoffeln, auch Flachs angebaut; die Pferde- und Schafzucht ist weit verbreitet. Im Bereich der Tiefebene gedeihen auch Weizen und Mais; weiter werden dort Hafer, Gerste, Kartoffeln, Sonnenblumen, Hanf, Lein und Gemüse angebaut, auf den Hügeln Wein und Obst; für die Landwirtschaft sind auf den erst zum Teil trockengelegten Niederungslandstrichen günstige Voraussetzungen gegeben.

Die Industrie ist in der Karpathenukraine nur sehr spärlich entwickelt. Uzhorod (Ungvár), die Hauptstadt des Landes mit 23 000 Einwohnern, hat einige Möbelfabriken, Alkoholfabrikationen und Ziegeleien, ferner eine Kartonnagenfabrik, eine Glaskleberei, ein Sägewerk, ein Elektrizitätswerk usw. In Peretschnja, Turea-Bystra und Antalofski gibt es Sägewerke und andere holzverarbeitende Betriebe. Ein Kaolinwerk gibt es in Dubrinisch, Salzbergbau wird in Marmaroschka Solotowna betrieben. Bei Jassinja (Jasina) reicht das ostgalizische Erdölorkommen auf karpathenukrainisches Gebiet herüber. Mukatschevo (Munkacs) hat eine Tabakfabrik und eine Brauerei, die einzige des Landes, Svaljava besitzt ein Hüttenwerk, Ischnadnijw eine Zündholzfabrik. Weiter sind noch vorhanden einige glaserzeugende und eisenverarbeitende Betriebe, ein paar Kalkbrennereien u. a. m. Im Bezirk Jassinja hat eine vielseitige Heimindustrie (Stickerie, Holzschmiederei und Weberei) ihren Sitz. Die Möglichkeiten für den industriellen Ausbau der Karpathenukraine sind durchaus nicht so gering, wie es gemeinhin dargestellt wird.

Es gibt dort noch völlig unausgenutzte Braunkohlenlager, Salz- und Eisenerzorkommen, abbauwürdige Kaolin- und Kalksteinlager, ferner Marmor, Trachit-, Opal- und Zaspisvorkommen u. m. Zu den Bodenschätzen des Landes gehören einige heilkräftige Quellen, so die eisenhaltigen Quellen bei Uzeß, die jodhaltigen Quellen bei Pjumschery und vor allem die mineralhaltigen Quellen im Bezirk Marmarosch. Vor allem wird auch der Waldreichtum des Landes (Buchen und in den höheren Gebirgslagen Fichten) erst in unzu-

reichendem Maße genützt. Dasselbe gilt vom Fischreichtum der Gewässer. Auch die Wasserkraft der Gebirgsflüsse, die wohl der Holzflößerei dienen, aber durch Ueberschwemmungen alljährlich großen Schaden anrichten, ist industriell noch völlig unangegenutzt. Die Landwirtschaft, deren Hektarerträge bei der zumeist sehr primitiven Bewirtschaftungsart hinter denen des Deutschen Reiches um 50 bis 75 v. H. zurückbleiben, ist noch einer beträchtlichen Ausbildung fähig. Dasselbe gilt für die Viehzucht. Doch wird sich die landwirtschaftlich genutzte Fläche, die, die Almen und Weiden ungerechnet, nur etwa ein Sechstel der Gesamtfläche ausmacht, außer in den günstiger gelegenen Niederungsgebieten kaum wesentlich erweitern lassen. Auch ist das Land mit seiner armen Bevölkerung kaum in der Lage, das zur Intensivierung seiner Wirtschaft erforderliche Kapital aufzubringen.

Es läßt sich nicht übersehen, daß die Hebung des Lebensniveaus der ukrainischen Bevölkerung eine schwierige Aufgabe ist. Man braucht zum Beispiel nur zu bedenken, daß sich die wirtschaftlichen und kulturellen Schlüsselstellungen im Lande zumeist in nichtukrainischen Händen befinden. Die Juden beherrschen den Handel. Die Beamtenschaft setzt sich (bisher) fast ausschließlich aus Tschechen, die in dieser Position die Madjaren abgelöst haben, zusammen. Die Industrie wird von Juden und Tschechen beherrscht. Die Rechtsanwälte, Tierärzte und Ärzte sind gleichfalls zum großen Teil Juden. Ebenso ist das Gewerkschaftswesen eine Domäne der Juden. Auch in der Handwerkserschaft spielt das jüdische Element, neben verhältnismäßig wenigen Deutschen und Angehörigen der anderen Volksgruppen, eine bedeutende Rolle. In den größeren Grundbesitz teilen sich die Juden (teils als Besitzer, teils als Pächter) mit den Madjaren, die im übrigen im südlichen Teil des Landes eine verhältnismäßig gut gestellte Bauernschaft bilden. Unter diesen Umständen würde sich ein Eindringen des ukrainischen Elementes in die wirtschaftlichen und kulturellen Schlüsselstellungen fast ausschließlich auf Kosten der Juden und Tschechen vollziehen, also derjenigen Bevölkerungsteile, die im Lande ohnehin zwei erst in den letzten Generationen aus Galizien oder gar erst nach dem Kriege aus Böhmen zugewanderte Fremdkörper bilden.

Nach der Volkszählung von 1930 hat die Karpathenukraine (einschließlich der Staatsfremden) rund 725 000 Einwohner gehabt. Von dieser Gesamtbevölkerung entfällt eine knappe Zweidrittelmehrheit mit 451 000 Seelen auf die Ukrainer. Die zweitstärkste Gruppe bilden mit 110 000 Seelen die Madjaren, die in ziemlicher Geschlossenheit den südwestlichen Winkel der Karpathenukraine besiedeln. An dritter Stelle stehen mit 102 000 Seelen die Juden; sie sitzen zum größeren Teil in den Städten, wo sie zwischen 19 und 42 v. H. der Einwohnererschaft bilden. Die Tschechen, deren es im Jahre 1930 etwa 21 000 gegeben hat, sind über das ganze Land verstreut und nur in einigen Städten, vor allem in Uzhorod, stärker vertreten. Die 14 000 Deutschen sind auf eine Reihe räumlich getrennter Siedlungsgruppen verteilt. Am Westrand der Karpathenukraine sitzen etwa 13 000 Slowaken. Schließlich gibt es an der Südostgrenze des Landes noch eine Gruppe rumänischer Dörfer. Es gibt für die Karpathenukraine also nur eine volkspolitische Frage, die sich zugleich als eine Territorialfrage darbietet, nämlich die madjarische Frage. Die ukrainisch-madjarische Volksgrenze, die keineswegs eine klare und eindeutig festzulegende Linie bildet, überschreitet bei Uzhorod die politische Grenze zwischen der Slowakei und der Karpathenukraine. Uzhorod selbst, die Hauptstadt des Landes, liegt auf der Volksgrenze. Diese verläuft dann in einem Abstand von 20 bis 25 Kilometern etwa parallel der Trianoner Staatsgrenze in südöstlicher Richtung. Mukatschewo (Munkacs) bleibt in einer Entfernung von etwa 20 Kilometern von der Volkstumsgrenze im ukrainischen Siedlungsgebiet, während Beregszász und Nagyszőlös auf madjarischem Volksboden liegen. Bei Kiralyhaza überquert die Volksgrenze die Theiß, um dann auf die rumänische Staatsgrenze zu treffen.

Wenn dieses wirtschaftlich wenig entwickelte Land, das von einer spärlichen Bevölkerung mit geringem Lebensstandard bewohnt ist, ein Brennpunkt der politischen Auseinandersetzungen geworden ist, so deshalb, weil es verschiedene Faktoren gibt, denen es nicht paßt, daß dieses Land 1. als drittes föderatives Glied im tschechisch-slowatischen Staatsverbande verbleiben will und 2. eine Regierung erhalten hat, die entschlossen scheint, die Belange der überwiegend ukrainischen Bevölkerung zur

Richtschnur ihres Handelns zu machen. Es ist vor allem Polen, das eine solche Entwicklung zu verhindern bestrebt ist. Die polnische Diplomatie hat sich in der Karpathenukrainischen Frage stark engagiert, seitdem sich ihre Hoffnung, durch eine Rückkehr der Slowakei unter die Herrschaft der Madjaren das Hauptziel ihrer Politik in Ostmitteleuropa, die gemeinsame Grenze mit Ungarn, zu erreichen, als unerfüllbar herausgestellt hat. Von polnischer Seite wird mancherlei getan, um eine Stabilisierung der Verhältnisse in der Karpathenukraine zu hintertreiben. Erstens ist da Rumänien, das die polnische Diplomatie für ein aktives Eingreifen in die Karpathenukrainische Frage zu gewinnen versucht hat. In welcher Richtung das geschehen ist, hat die polnische Presse verraten. Sie hat sehr lebhaft den Gedanken einer Aufteilung der Karpathenukraine unter Ungarn, Rumänien und Polen erörtert. Dabei hat sie sich bemüht, diesen Gedanken dem rumänischen Bundesgenossen durch den Hinweis auf die in der Karpathenukraine sitzenden rumänischen Volkssplitter schmackhaft zu machen; auch hat sie darauf hingewiesen, wie nützlich es für die Zusammenarbeit zwischen Polen und Rumänien sein würde, wenn die beiden Verbündeten eine längere gemeinsame Grenze und vor allem eine zweite (strategisch sichere) Eisenbahnverbindung erhielten. Auf Rumänien haben diese Lockungen nicht den erwarteten Eindruck gemacht. Die Bemühungen des Obersten Beck, diesen Verbündeten für die polnische Auffassung der Karpathenukrainischen Angelegenheit zu erwärmen und dessen Bedenken gegen eine Auslieferung des Landes an Ungarn zu zerstreuen, muß man nach den Kommentaren der rumänischen Presse als gescheitert betrachten. Die Bukarester Regierung lehnt es ab, den ungarischen Revisionswünschen, die über das volkspolitisch gerechtfertigte Maß hinausgehen, in irgendeiner Form und an irgendeiner Stelle Vorschub zu leisten. Sie hat gegenüber den polnischen Bestrebungen nach einer gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze ihr dringendes Interesse an der Aufrechterhaltung einer gemeinsamen Grenze mit dem Staate der Tschechen, Slowaken und Karpathenukrainer betont.

Der zweite Partner, den die polnische Diplomatie ansieht, um die „Karpathenukrainische Gefahr“ zu beheben, ist Ungarn, dessen Ansprüche sie jede Unterstützung zuteil werden läßt. Noch mehr: die polnische Diplomatie ist geradezu daran interessiert, zu verhindern, daß Ungarn in dem Wunsche, schwerwiegenden Verwicklungen aus dem Wege zu gehen, seine Gebietsansprüche auf die durch die Nationalitätenverhältnisse in der Karpathenukraine gerechtfertigten Grenzen beschränkt. So kommt es, daß Polen in der Karpathenukrainischen Frage als ein unversöhnlicherer Faktor als das doch zunächst beteiligte Ungarn erscheint. Auch der Slowakei ist in dem polnischen Spiel rund um die Karpathenukraine ihre Rolle zugeteilt worden. Es ist bekannt, daß zwischen Uzhorod und Pressburg in der Frage der in der Nordostslowakei sitzenden Bevölkerung gewisse Meinungsverschiedenheiten bestehen. Bei der Volkszählung von 1930 sind in der Slowakei an die 400 000 Ukrainer festgestellt worden. Sowohl von slowakischer wie von ukrainischer Seite wird die Richtigkeit dieses Zählungsergebnisses in Zweifel gezogen, und zwar in der Form, daß die Bewohner des fraglichen Gebietes von der einen Seite als „slowakifizierte Ukrainer“, von der anderen Seite aber als „Slowaken griechisch-katholischen Bekenntnisses“ hingestellt werden. Der polnischen Politik kommt dieser Zwist zwischen den beiden, um neue Formen ihres politischen Lebens einigenden Nachbarn äußerst gelegen. Sie sieht hier eine Möglichkeit, das gutnachbarliche Verhältnis zur Slowakei zu trüben, dessen die Karpathenukraine für ihren staatlichen Ausbau bedarf. Schließlich noch eines: Die polnische Propaganda ist darauf bedacht, die in der Karpathenukraine herrschenden Zustände als völlig unhaltbar erscheinen zu lassen. Nach ihrer Darstellung soll dort ein blutiger Bürgerkrieg herrschen, soll sich die in Uzhorod gebildete Regierung nicht durchsetzen können, soll sich der madjarische Bevölkerungsanteil in blutigen Kämpfen mit den Tschechen befinden, soll die ukrainische Bevölkerung bolschewistisch versucht sein uam. Man wird gut tun, derartigen von der polnischen Presse eifrig kolportierten Gerüchten gegenüber einige Skepsis walten zu lassen. Man merkt die Absicht. . .

Die nicht zu bestreitende Rückständigkeit der Karpathenukraine ist nicht ein Argument gegen deren staatliche Emanzipierung. Ungarn hat in den 1000 Jahren seiner Herrschaft über dieses Land für dessen wirtschaftliche Erschließung und für die kulturelle Hebung der ukrainischen Bewohner (deren meiste Siedlungen übrigens erst im 16. oder gar im 17. Jahrhundert aus wilder Wurzel entstanden sind) denkbar wenig getan. Die 1000 Jahre der madjarischen Herrschaft können, wenn man ihr gegen-

wärtiges Ergebnis betrachtet, eher als ein Argument gegen denn für Ungarn gelten. Die Karpathenukraine braucht eine Regierung, für welche die Hebung des Landes nicht ein Problem unter vielen darstellt, sondern die einzige Aufgabe ist, der sie dient. Auch muß es eine Regierung sein, die sich die Hebung des die Mehrheit im Lande bildenden ukrainischen Bevölkerungssteiles zum Ziele gesetzt hat, nicht aber ein Interesse daran besitzt, diesen Bevölkerungssteil in einem Zustand zu erhalten, in dem er letzten Endes zu nichts anderem gut ist, als im Dienste fremder Interessen als „ethnographisches Rohmaterial“ verwertet zu werden. Nachdem in den letzten 20 Jahren so manchem Volkstum, in dessen staatsbildende Fähigkeiten mit Recht gewisse Zweifel gesetzt werden konnten, die Möglichkeit verschafft worden ist, sich mit mehr oder weniger Geschick als staatstragendes Element zu erproben, muß es nur als recht und billig erscheinen, wenn Europa auch den Ukrainern im Karpathenbogen einmal die Chance gibt, ihr Geschick selbst zu gestalten, und zwar im Rahmen eines Staates, dessen föderativer Charakter durch die Großmächte sichergestellt worden ist.

Volkstümer im mährischen Raum

Die innerböhmisches Landschaft und ihre Menschen

In großen Zügen setzt sich der tschechische Anteil an Böhmen aus zwei ungleichwertigen Landschaftsgruppen zusammen: Im Westen und Süden aus der leicht gewellten Hochfläche, die von der nordwärts strebenden Moldau und ihren Zuflüssen durchquert wird. Auf 500 bis 600 Meter Meereshöhe ist sie ein rauhes und wenig fruchtbares Hafer- und Kartoffelland. Jedoch birgt sie in ihrem Westen, namentlich im Zuge des Bedy-Waldes, reiche Schätze an Eisenerzen und auch Steinkohlenlager. Dort liegen die Industriestädte Pilsen und Kladno und vor allem die Landeshauptstadt. Prag ruht auf dem Schnittpunkt, wo diese west- und süd-böhmische Moldaulandschaft mit dem bogenförmigen Oberlauf der Elbe in Berührung tritt und daher verschiedene Wirtschaftsgebiete einander begegnen. In ausgeprägtem Gegensatz zu jenem Hochland erfreut sich die fruchtbare Ebene des Elbebeckens eines warmen und trockenen Klimas. Auf Löss- und Mergelböden breiten sich hier Getreidefelder und Zuckerrübenpflanzungen in blühender, dichter Besiedlung aus.

Diese beiden Kernlandschaften des tschechischen Volksbodens werden beinahe ringsum von deutschen Siedlungen umschlossen, und zwar nicht allein auf den im Westen, Norden und Osten Böhmen umrandenden Waldgebirgen, vielmehr auch südostwärts auf den Hängen der Böhmisches-Mährischen Höhen mit der alten und früher viel bedeutenderen deutschen Sprachinsel von Jglau und dem jetzt ans Reich gekommenen Schönbengstgau um Zwittau. Weil der genannte Höhenzug die Wasserscheide zwischen Elbe und Donau, Nordsee und Schwarzem Meer bildet und damit auch Böhmen von Mähren abgliedert, hat das Flußnetz des Böhmisches Kessels nur einen einzigen Ausgang, den malerischen Durchbruch des Stromes durch das Elbsandsteingebirge: „alle Wasser Böhmens fließen nach Deutschland“. Aber abgesehen von Außenposten, die, wie die Insel von Budweis dem geschlossenen deutschen Volksboden vorgelagert sind, und außerhalb der namhaften deutschen Kolonie in der Landeshauptstadt Prag, sind Deutsche im Innern dieses einheitlichen tschechischen Siedlungsgebiets in Böhmen heute lediglich in weiter Streuung anzutreffen und daher jeweils fast nur in nicht beträchtlicher Zahl, obgleich ihre Gesamtziffer allein in der böhmischen Tschechei sich vielleicht nicht sehr fern von hunderttausend bewegen mag. Deutsches Kulturgepräge in der Anlage wie im Stadtbild zeigen indessen auch die Städte Böhmens, welche längst entdeutsch sind, denn auf deutsche Gründungen sind sie sämtlich zurückzuführen; nur die Hussitenstadt Tabor wurde sicherlich von Tschechen gegründet. Die zahlreichen deutschen Volksinseln im inneren Böhmen des Mittelalters sind in den Hussitenkriegen und danach während des Dreißigjährigen Krieges durch Ausmorden, Vertreibung oder Assimilierung zu Grunde gegangen.

Gegenüber dieser Geschlossenheit des tschechischen Siedelbodens in Böhmen liegen die Verhältnisse, auch schon geographisch, anders in Mähren. Und zwar lassen sich grundsätzliche Unterschiede der Volksveränderung in Böhmen und Mähren bis in die Jahrhunderte nach der slawischen Einwanderung in diese Räume zurückverfolgen. Nachdem die Slawen nämlich im 6. Jahrhundert n. Zv. von den fruchtbaren Ebenen der March und des Elbebeckens Besitz ergriffen hatten, gelang es dort dem Stamm der Tschechen, dessen Niederlassungen damals noch sehr begrenzt waren und kaum mehr als die Schlüsselstellung im Raume um das heutige Prag umfaßten, unter dem Herrschergelecht der Přemysliden im 9. und 10. Jahrhundert über die anderen Slawenstämme des böhmischen Kissels die Oberhand zu gewinnen und die bestehenden Stammesunterschiede in einer allgemeinen Tschechisierung vollkommen zu verwischen. In Mähren hingegen hat erst im Laufe der letzten Menschenalter, als tschechische Zuwanderer aus Böhmen in den gewerbereichen mährischen Städten ihr Brot fanden, die eigentliche Tschechisierung begonnen. Sie ist in den einzelnen Gegenden sehr ungleichmäßig fortgeschritten. Weite Bevölkerungsteile, namentlich des bäuerlichen Landes, vermochten ihre althergebrachte slawische Stammesindividualität bis in die Gegenwart hinein zu bewahren. Besondere Eigenarten konnten sich in den verschiedenen Landschaften Mährens entwickeln, weil es im Unterschied zu Böhmen eines solchen einigenden räumlichen Mittelpunktes wie Prag ermangelt. Nebeneinander und ohne eine alles überragende Landeshauptstadt sind die mährischen Landschaften gelagert.

Seinen Landesnamen führt Mähren nach der March^{*)}. Gleich einem Fächer überzieht das weit nach Norden und Westen ausgreifende Einzugsnetz der oberen und mittleren March das breite mährische Flußbecken, um es zu einem ausgesprochenen Durchzugsgebiet vorauszubestimmen, dessen Richtungen, sei es vom Nordwesten (von Böhmen und Schlesien) oder Nordosten (von Oberschlesien und Galizien) her, stets südwärts laufen. Seine geographische Zusammenfassung in einer gemeinsamen Ausmündung aller Verkehrslinien liegt aber erst weit südlich der geschichtlichen Landesgrenze, nämlich im Wiener Becken, wo sich die March in die Donau ergießt. Südmähren stellt nicht viel mehr als eine Ausbuchtung des Wiener Beckens und Marchfeldes dar, eine von Fruchtbarkeit strotzende, üppige Gartenlandschaft mit Gemüsepflanzungen und Obstgärten neben den Rebhügeln auf dem Jurakalk der Pollauer Berge, zu deren Füßen nördlich der Thaya nunmehr die neue Reichsgrenze verläuft. Ueberhaupt hat Mähren, das sich ohne natürliche Hindernisse nach Süden öffnet, mancherlei, vielleicht sogar mehr Verwandtschaft mit den niederösterreichischen Donaugegenden und deren Menschenschlag als mit dem böhmischen Gebirgsland und den im nationalen Ringen seit Jahrhunderten fanatisierten Tschechen.

Nicht unähnlich dem Schmelz der mährischen Landschaft in ihrem warmen, sonnigen Trockenklima sind auch die slawischen Mähreer von milder, weicher und offener Wesenart. Dank ihrer Fähigkeit und Bereitschaft zur Einfühlung in die Eigenheiten des Nachbarn hat selbst bis zum Ausgang des Weltkrieges so gut wie stets ein aufrichtiges Einverständnis zwischen Deutschen und Slawen im mährischen Raum bestanden. Gemeinsam leisteten beide den Bestrebungen des böhmischen Tschechentums Widerstand, das darauf ausging, die Selbständigkeit der Verwaltung dieses damaligen österreichischen Kronlandes anzutasten. Immer wieder fand man in Mähren, ganz im Gegensatz zu dem unzufriedenen und unruhigen Böhmen, einen Ausgleich zwischen Deutschen und Slawen, um zu einer arbeitsfähigen Volksvertretung im heimischen Landtag zu gelangen. Wohlinsolge dieser Versöhnlichkeit des mährischen Menschenschlags, deren Wurzeln, wenigstens teilweise, auch in einer anderen Blutmischung als der tschechischen, zu vermuten sein mögen, sind in Mähren, abermals im Unterschied zu Böhmen, viele der altüberkommenen deutschen Völkern in's Leben erhalten geblieben. Dabei mag freilich auch ihre Streulage zwischen den verschiedenen mährischen Stämmen eine Rolle gespielt haben.

^{*)} Der Name der March geht auf bis in der Zeit vor der Völkerveränderung im Lande siedelnden Germanen zurück, das germanische Erbvolk der Markomannen, die damals während eines halben Jahrtausends den böhmischen Raum besiedelten.

Nach der Ausgliederung des geschlossenen deutschen Volkstumsbodens in Südmähren und andererseits in dem nordmährisch-schlesischen Sudetenland erfährt der mährische Raum eine völlige Umgestaltung, weil seine nord-südliche Ausdehnung sich auf die Hälfte verringert, nämlich auf 70 Kilometer auf der kürzesten Strecke, die geradwegs über Brünn führt. Mit der neuen Grenzziehung tritt der Charakter Mährens als eines ausgesprochenen Durchgangsgebietes in nord-südlicher wie west-östlicher Richtung noch deutlicher als bisher in Erscheinung. Die Landeshauptstädte Brünn und Olmütz, die in der Ellipsenform des bisherigen Kartensbildes Mährens gleich Brennpunkten die Straßenbündel zusammenfaßten, sind nunmehr in unmittelbare Nähe der Staatsgrenze gerückt. Brünn liegt auf der westlichen der beiden Schlagadern Mährens, auf der Kreuzung der Wege, die von Prag nach Wien oder auch nach Preßburg und Budapest oder von dort nach Nordosten laufen. Ostwärts von Brünn führt quer durch das untere Marchbecken die Linie über den Wara-Paß der Weißen Karpaten, welche für den Zusammenhalt der Tschecho-Slowakei eine steigende Bedeutung gewinnt. Das Brünner Deutschtum, das für die Entwicklung Mährens von großer Bedeutung war, hatte noch bis zum Ausgang des Weltkrieges mit 60 v. H. die Mehrheit in der emsigen Handels- und Industriestadt inne. Erst mit Hilfe von Eingemeindungen tschechischer Vororte wurde das Deutschtum Brünns in die Minderzahl versetzt. Trotzdem beziffert es sich auch heute noch auf mehr als 56 000 Seelen unter 253 000 Einwohnern. Es vermag sich dabei auf namhafte Kultureinrichtungen wie eine Deutsche Technische Hochschule und ein Deutsches Theater zu stützen. Zwischen Brünn und der neuen Reichsgrenze im Süden liegen einige Dörfer mit teilweise deutscher Bevölkerung. Andere, zergliederte Volkstumsinseln mit insgesamt annähernd 400 Deutschen, sind im Osten von Brünn zwischen Austerlitz und Wischau als Reste einer noch vor fünfzig Jahren geschlossenen größeren Sprachinsel erhalten geblieben.

Eine ähnliche Grenzlage wie Brünn nimmt nach der neuen Grenzziehung im Nordosten die ursprüngliche Hauptstadt Mährens, die alte Festung Olmütz, am Fuße der Sudeten ein. (Siehe: „Das Olmüzer Deutschtumsgebiet“ in „Ostland“ Nr. 20/1938, Seite 443.) Hier schneiden sich die Wege von Prag nach Ostmähren, Oberschlesien und Galizien mit den nord-südlich verlaufenden Straßen, die von Schlefien her (auf den Linien Friedrichs d. Gr.) nach dem Wiener Becken oder aus dem Nordosten über die Mährische Pforte und durch das Marchbecken (im Zuge polnisch-ungarischer geopolitischer Ziele) nach Preßburg streben. Ein Teil seiner raumpolitischen Wichtigkeit ist von Olmütz auf das nahe Pörcau übergegangen, das im genauen Schnittpunkt dieser östlichen Schlagader Mährens mit der Linie Brünn—Mährisch-Ostrau ruht. All diese Handels- und Gewerbeplätze an uralten Bevölkerungswegen waren Gründungen nach deutschem Stadtrecht und sie beherbergen ein jahrhundertaltes Deutschtum, das in Pörcau, Proßnitz, Kremšier usw. aus einer früher hervorragenden Stellung in den letzten Jahrzehnten auf eine jetzt wenig beträchtliche Minderzahl von etwa je 1 000 herabgedrückt worden ist. Eine deutsche Mehrheit besaß Olmütz bis zum Weltkriege (mehr als 24 000 Seelen), bis auch ihr durch tschechische Eingemeindungen ein Ende bereitet wurde. Westlich von Olmütz liegt die sechshundertjährige Sprachinsel von Deutsch-Brodok—Wachtel mit heute knapp 4 000, im Jahre 1910 aber noch 5 300 Deutschen. Endlich weist auch der ostmährische Zipfel jenseits der Mährischen Pforte im Gebiet der Schwerindustrie von Mährisch-Ostrau und Witkowitz (ohne Oberberg usw.) über 30 000 Deutsche auf. (Siehe: „Das Deutschtum in Mährisch-Ostrau“, Seite 465.)

Die umfangreichste der deutschen Volkstumsinseln, die in dem neu zu gestaltenden tschechischen Staatsverband verbleiben, ruht beiderseits der Hänge des böhmisch-mährischen Höhenzugs. Den Mittelpunkt dieses sogenannten Tgellandes von annähernd 400 Quadratkilometern bildet das ehemals gewerbereiche Tglaun, eine Paß- und Brückenstadt auf 518 Meter Meereshöhe an dem geraden Wege zwischen Prag und Wien, die dank dieser Beckenlage und dem damals noch betriebenen Silberbergbau im hohen Mittelalter die zweite Stelle unter den Städten des böhmisch-mährischen Raumes einnahm. Am Ende des Weltkrieges waren jedoch kaum noch zwei Drittel der etwa 65 000 Seelen zählenden Bevölkerung des Landes als Deutsche zu zählen. Seitdem ist ihre Zahl infolge

der Tschechisierung weiter zurückgegangen. Heute umgeht der Großverkehr die Böhmen von Mähren scheidenden Höhen, indem Hauptstraße und Eisenbahn zwischen Prag und Brünn im Bogen weit im Norden über Pardubitz und den jetzt zum Reiche gekommenen Zittauer Schönhengstgau ziehen. (Siehe: „Tschechisierungsarbeit im Igeland“ in „Ostland“ Nr. 17/1938, Seite 362.)

Insgesamt dürfte die Zahl der im verkleinerten Mähren verbleibenden Volksdeutschen auf mindestens 140 bis 150 000 Seelen zu schätzen sein. Es zeigen sich also beträchtliche Unterschiede zwischen der nahezu geschlossenen Einheitslichkeit des Volksbodens in dem tschechischen Kernlande Böhmens mit immerhin 100 000 Streudeutschen, wo aber die deutschen Sprachinseln heute nur noch am Rande des tschechischen Siedlungsgebiets (abgesehen von der deutschen Kolonie in Prag) anzutreffen sind, und dem viel kleineren Mähren mit seinen zahlreichen deutschen Einlagerungen. Jedoch stellt sich auch sonst, in seiner slawischen Bevölkerung der mährische Raum im Gegensatz zum tschechischen Böhmen in bunter Mannigfaltigkeit dar. Dazu ist es nötig, die räumlichen Grundlagen Mährens wenigstens in knappen Zügen zu umreißen, weil offenbar die Gliederung in einzelne Leiträume bei der Herausbildung verschiedener Sondernstypen und selbst Volkstümer mitgewirkt hat. Nach dem Ausscheiden des geschlossenen deutschen Siedelbodens lassen sich in Mähren im wesentlichen etwa sechs Landschafts- und Bevölkerungsgruppen unterscheiden:

Horaken, Hannaken, Wallachen, Elonsaken, Slowaken

Ziemlich einförmig und in flachen Wellen dacht sich der Böhmisches-mährische Landrücken ab, bis seine Begrenzung im Osten durch eine nord-südliche Bruchlinie gebildet wird. Auf diesem rauhen und wenig fruchtbaren und auch nicht dicht besiedelten Hochland mit kleinen Landstädtchen, einem Hafer-, Roggen- und Kartoffelboden, zwischen Iglau und Brünn, haust ein fleißiger und genügsamer, stiller Menschenschlag als Flachsbauern und Hausweber, Holzfäller und Kohlenbrenner oder Steinbeucharbeiter. Von dem Bergland haben sie auch ihren Namen erhalten (hora = Berg); es sind die Horaken (rund 430 000 Seelen). Sie zeichnen sich durch schlanke, oftmals mehr als mittelgroßen Wuchs und durch Wißbegierde bei einer gewissen Empfindsamkeit aus. Infolge ihrer unmittelbaren Nachbarschaft zu dem tschechischen Kerngebiet in Böhmen haben sie unter allen mährischen Stämmen am meisten von den Tschechen in Sprache und Sitte angenommen. Trotzdem sollen sich die Horaken im großen Ganzen als deutschfreundlich erwiesen haben.

In auffallendem Gegensatz zu den Horaken stehen die Hannaken, die Bewohner der Alluvialfurche (der Wischauer Senke) zwischen Brünn und der Mährischen Pforte sowie des oberen Marchbeckens, das etwa von der neuen Reichsgrenze im Norden südwärts bis zum Maragebirge reicht. Auf der fetten, lehmigen Ackerhalle, der fruchtschweren schwarzen Erde dieser Niederungen gedeiht die berühmte Hanna-Bierste, deren Güte (im Verein mit dem Saazer Hopfen) den Ruf der böhmischen Biere begründet hat. Seinen Reichtum liebt der Hannake in Geselligkeit und Gastfreundschaft bei Musik und Gesang oder auch in seiner traditionellen Vorliebe für zahlreiche und schöne Pferde gern zur Schau zu tragen. Ohne sonderliche Lust zum soldatischen Handwerk, obwohl von strophender Gesundheit und von zumeist hohen, dabei kraftvollem, oftmals untersehtem Wuchse, sind unerfütterliche Gemütsruhe bis zum Phlegma, Selbstbewußtsein, Lebensfreude und Religiosität, Humor und Schlaueit die Kennzeichen des Hannaken. Auch die wohlhabenden, betriebsamen Städte Proskau, Olmütz, Pterau, Kremsier usw. gehören zu diesem Bereich, das in dichter Besiedlung annähernd eine halbe Million Menschen umfaßt.

Wenn die drei Landschaften, die westmährische Hochfläche, das industrialisierte Brünn an der Nord-Süd-Verkehrsader und die üppige Hanna im oberen Marchbecken, ungeachtet aller Unterschiede im Wesen, in der Sitte und auch Mundart ihrer Bewohner dennoch im Laufe der letzten Menschenalter eine mehr oder minder tief gehende Tschechisierung erfahren haben, so heben sich nicht allein in dieser Hinsicht die östlichen drei Gebiete Mährens von ihnen ab: Im Osten der Mährischen Pforte sind neben Deutschen mährisch-schlesische Mischstämmen ansässig, Lachen und Elonsaken (ungefähr eine viertel Million), deren Mundarten dem slawischen Dialekt Ober-Schlesiens nahekommen. In langen Jahrhunderten friedlichen

Zusammenlebens mit dem einheimischen Deutschtum hat sich eine althergebrachte deutschfreundliche Haltung bei diesen mannigfach gemischten slawischen Volksplättern herausgebildet.

Südlich von diesen stellen die Mährischen Wallachen eine besondere Mischung aus slawischen und rumunischen Kreuzungen dar. Der Name „Rumune“ oder „Wallache“ beschränkte sich ursprünglich auf Hirtenvölker, die von Rumänien her in einem weitverbreiteten Zusammenhang die oberen Hänge der Karpathen mit der Schafzucht bewirtschafteten. Während sie in Ostgalizien ukrainisiert wurden, haben sie sich, wenigstens teilweise, unter den Polen auch sprachlich noch im Jablunka-Gebirge erhalten können. Weiter im Westen, in den Beskidentälern der Unteren und Oberen Bergwa haben sie sich mit mährischen und slowakischen Stämmen vermischt, die dabei viele echt wallachische Ausdrücke und Redewendungen in ihren slawischen Wortschatz aufgenommen haben. Daher weichen Mundarten und Besetzung der 130 000 Bewohner dieser Gebirgstäler, die bei Wallachisch-Meseritsch unweit der Mährischen Pforte ausmünden, in wesentlichen Dingen beträchtlich vom Tschechischen (aber noch mehr vom Polnischen) ab. Leider fällt dieses weiterrasse, abgehärtete Bergvolk, das jahrhundertlang eine vorzügliche Truppe, das Partaschen-Corps, zur Ueberwachung der mährischen Ostgrenze aufzustellen vermochte, in den letzten Jahrzehnten einer allmählichen Entartung durch Alkoholmißbrauch zum Opfer.

Den südöstlichen Abschluß in dieser Reihe von Landschaften Mährens bildet das untere Marchbecken, das von dem oberen Lauf der March durch einen abgelösten Ast der Karpathen, das Marsgebirge und den Steiniger Wald, zugleich von dem oberen Marchbecken (der Hanna) und dem Raume um Brünn ausgegliedert wird. Nach Osten hingegen stellt der niedrige Mara-Paß (280 Meter), über den auch die wichtige Eisenbahn zwischen Brünn und Eilsein läuft, eine gute Verbindung über die Weißen Karpathen mit dem Waagtal in der Slowakei her. Zur Slowakei gehört schon das linke Ufer der March abwärts von Böding. Daher haben slowakische Mundarten von diesem unteren Marchbecken Besitz ergriffen, während es starke kulturelle Einflüsse von dem nahen Deutschtum empfangen hat, das seit dem Mittelalter in der Kulturbefruchtung des ganzen böhmisch-mährischen Raumes zwar nur sehr begrenzt deutschen Volksboden, aber weitgehend deutschen Kulturboden geschaffen hat. Diese Kulturgrenze der Westkarpathen tritt dem Beobachter deutlich vor Augen. Indessen ist in der letzten Zeit zu der slowakischen Sprache im unteren Marchbecken auch ein slowakisches Volksbewußtsein hinzugegetreten. Im Zuge der Bestrebungen, die auf eine (politische wie räumliche) Umgestaltung des tschechisch-slowakischen Staatsverbandes hinzielen, ist neuerdings von slowakischen Nationalisten die Forderung erhoben worden, dieses untere Marchbecken, das mehr als 300 000 Einwohner zählt, mit der Slowakei zu vereinigen. Wenn diesem Ersuchen stattgegeben werden sollte, würde die Grenzlage der Stadt Brünn (mit ihrer Viertelmillion Bewohner) noch mehr als jetzt schon betont; ebenso sehr als der neuen Reichsgrenze wäre sie der neuen Slowakei benachbart.

So zeigt sich auch im verkleinerten Raume Mährens in höchstem Grade ein Nebeneinander eines vielfältigen Mosaiks verschiedener Völkerschaften gleichzeitig mit den geopolitischen Spannungen staatlicher, vollklicher und wirtschaftlicher Probleme dieses ausgesprochen naturbestimmten Durchgangselandes, das zwischen Böhmen und Galizien, zwischen Böhmen und der Slowakei, zwischen Böhmen und Schlesien und dem Wiener Becken, oder endlich zwischen Westgalizien und den Donau-Ebenen als Schlüsselstellung eingelagert ist. Eine entscheidende Bedeutung kommt daher diesem nicht sehr umfangreichen Raume zu, in dem die Anwesenheit bodenständiger Deutscher und die Wirkung der friedlichen deutschen Kulturleistung uralte, die Herrschaftsansprüche Anderer dagegen zum Teil erst jüngeren Datums sind.

Franz Pauser.

Ein mutiges und tapferes Volk wird stets den
Weg zum Aufstieg und zur inneren Freiheit finden

Konrad Genlein

Das Deutschtum in Mährisch-Ostrau

Infolge der Besetzung des überwiegend deutschen Gebietes von Oderberg durch Polen hat sich die Dreistaatengrenze Deutsches Reich—Polen—Tschecho-Slowakei, die bislang bei Schurgedorf lag, um etwa 10 Kilometer in südwestlicher Richtung verschoben. Die drei Staaten grenzen heute etwa dort aneinander, wo die Ostrawizza in die Oder einmündet. Das zwischen diesen beiden Flüssen gelegene Land, das unter tschechischer Herrschaft geblieben ist, gehört mit seinem nördlichen Teil zum Ostrauer Kohlenrevier, das sich einerseits in östlicher Richtung in das von Polen okkupierte Gebiet bis nach Freistadt erstreckt und andererseits in westlicher Richtung schwache Ausläufer in den süddöstlichen Teil des Hultschiner Ländchens vorschiebt. Der zum Kohlenrevier gehörende Teil des Zwischenstromlandes ist ein wirtschaftlich hochbedeutungsvolles Gebiet. Verwaltungsmäßig gehört es zum Stadtkreis Mährisch-Ostrau. Dieser setzt sich aus einer Reihe von Industriegemeinden zusammen, nämlich außer Mährisch-Ostrau selbst aus den Städten Wilkowitz, Oderfurt und Marienberg und den Orten Jabreh, Neudorf und Grabowka. Im Jahre 1930 hat der Stadtkreis Mährisch-Ostrau über 125 000 Einwohner gezählt.

Die Stadt Mährisch-Ostrau ist ein bedeutender Kultur-, Verwaltungs- und Industriemittelpunkt. Sie ist der Sitz von neun mittleren Verwaltungsbehörden und von fünf Konsulaten (darunter das oft genannte polnische Generalkonsulat). Die Stadt besitzt vier höhere Schulen und eine Akademie, ein Stadttheater, ein Museum uam. Mährisch-Ostrau ist als Mittelpunkt des wichtigsten, der Tschecho-Slowakei verbliebenen Steinkohlen- und Schwerindustriegebietes eine ausgesprochene Industriestadt. Sie hat mehr als 100, meist große industrielle Unternehmungen: Kohlengruben, Aufbereitungsanstalten und Kokereien, Zementfabriken und Hochöfen, Betriebe der Metallindustrie, der chemischen Industrie, der Nahrungsmittelindustrie usw. Witkowski ist durch seine riesigen Eisenwerke zu Weltruf gelangt; außer Hochöfen, Stahl- und Walzwerken und Maschinenfabriken gibt es dort zahlreiche andere industrielle Betriebe: Brückenbauanstalt, Kesselfabrik und Chamottfabrik, Gießerei, Drahtfabrik und Kokerei, Phosphatmühle, Wäschefabrik uam. Das benachbarte Oderfurt fügt sich mit seiner Metallindustrie, seiner Papierherzeugung und seiner chemischen Industrie in das Bild dieser Industrielandchaft ein. Daselbe gilt von Marienberg, das neben Steinkohlengruben, Maschinenfabriken, Gießereien, Seifenfabriken usw. eines der größten europäischen Stickstoffwerke aufweist. Zu dieser industriellen Bedeutung des Zwischenstromlandes kommt noch seine hervorragende verkehrspolitische Lage. Bei Mährisch-Ostrau gabelt sich die von Berlin über Breslau und Oderberg kommende Hauptstrecke nach Prag, Wien und Preßburg. Zwei weitere Strecken schließen Mährisch-Ostrau unmittelbar bzw. über Friedek an die sogenannte Balkanbahn an. Und schließlich mündet

§ 1. Wer die litauische Nation oder den litauischen Staat beleidigt oder verächtlich macht, wird mit Gefängnis oder mit Zuchthaus bis zu vier Jahren bestraft.

§ 3. Wer die staatliche Treue der litauischen Staatsangehörigen, ihre staatliche Einheit oder ihre Widerstandsfähigkeit oder das Nationalbewußtsein der Litauer unterdrückt oder schwächt, wird mit Gefängnis bestraft.

§ 4. Ein litauischer Staatsangehöriger, der im Auslande Unterstützung gegen den litauischen Staat sucht oder in eine solche Beziehung mit dem Auslande tritt, durch die er seine Treupflicht gegenüber dem Staate bricht, wird mit Zuchthaus bestraft.

§ 16. Wer eine erfundene oder entstellte Nachricht über die Tätigkeit eines Organs der Staatsregierung oder einer staatlichen Behörde verbreitet oder öffentlich behauptet, wird, falls dadurch deren Autorität verletzt wird, mit Gefängnis bestraft.

Aus dem Gesetz zum Schutze von Nation und Staat vom 8. Februar 1931.

in Mährisch-Ostrau die Bahn Viegnitz—Neisse—Troppau in die erwähnte, nach Wien und Preßburg gehende Hauptstrecke ein. Hatte Mährisch-Ostrau verkehrspolitisch bisher im Schatten Oderbergs gelegen, so wird durch den Verlust dieses großen Eisenbahnknotenpunktes an Polen, die Verkehrsbedeutung der Stadt besonders stark unterstrichen.

In völkischer Hinsicht stellt das Zwischenstromland um Mährisch-Ostrau ein ausgesprochenes Mischgebiet dar. Stark sind die Deutschen vertreten. Der nichtdeutsche Bevölkerungsanteil setzt sich vor allem aus Angehörigen der schlesisch-mährischen Mischstämmen zusammen. Vor allem nach dem Kriege ist die Zahl der Tschechen beträchtlich gestiegen. Auch einige Polen gibt es noch dort. Um ein brauchbares Bild der Nationalitätenverhältnisse zu erhalten, ist es notwendig, auf die Volkszählung von 1910 zurückzugreifen. Es ergibt sich da folgendes Bild:

O r t e	Gesamtbe- völkerung	davon Umgangssprache				Staats- fremde
		deutsch	böhmisch mährisch slowakisch	polnisch	andere	
Mährisch-Ostrau	86 754	17 209	13 349	5 085	22	980
Witkowitz	23 151	15 990	4 557	1 051	13	940
Oderfurt	16 492	8 156	5 146	2 892	6	292
Marienbergl	11 010	547	8 011	2 279	6	197
Jabreh	9 809	1 111	7 602	850	—	246
Neudorf	1 583	59	1 423	57	—	44
Grabowka	3 032	32	2 905	46	6	43
Groß-Mähr.-Ostrau . .	101 831	43 194	42 968	12 840	53	2 751

Die Deutschen haben demnach im Jahre 1910 in Groß-Mährisch-Ostrau mit 42,4 v. H. der Gesamtbevölkerung die stärkste Einwohnergruppe gebildet. In Mährisch-Ostrau selbst haben sie mit 47,1 v. H. und in Oderfurt mit 49,6 v. H. fast die Hälfte und in Witkowitz mit 69,0 v. H. mehr als zwei Drittel der Bevölkerung ausgemacht. In diesen drei Hauptorten des Zwischenstromlandes haben die Deutschen also die absolute Mehrheit gehabt. Die Orte Jabreh und Grabowka können, da sie abseits des Ostrau-Witkowitz Gebietskernes liegen, bei einer Betrachtung der Nationalitätenverhältnisse ausgeschlossen werden. Oderfurt liegt in der deutschen Besetzungzone, scheidet also gleichfalls aus. Dagegen muß der kleine Ort Ellgoth vom Gerichtsbezirk Troppau, der bei der Tschecho-Slowaki verblieben ist, mitbeachtet werden. In dem so umrissenen Gebiet von Mährisch-Ostrau, Witkowitz, Marienberg, Neudorf und Ellgoth hat es 1910 72 764 Einwohner gegeben. Davon sind 33 897 solche mit deutscher Umgangssprache gewesen. 27 573 haben die böhmisch-mährisch-slowakische und 9 082 die polnische Umgangssprache angegeben. Der Rest hat sich aus Staatsfremden zusammengesetzt. Im Bereich der genannten fünf Orte hat das deutschsprachige Element im Jahre 1910 demnach 48 v. H. der Gesamtbevölkerung getragen. Es kommt noch hinzu, daß ein erheblicher Teil derjenigen Bewohner, die bei der Volkszählung die böhmisch-mährisch-slowakische Umgangssprache angegeben haben, Angehörige jener schlesisch-mährischen Mischstämmen sind, die kulturell dem Deutschtum zuneigen und politisch deutschfreundlich eingestellt sind. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache und unter gleichzeitiger Beachtung des Umstandes, daß sich die im Jahre 1910 festgestellten Verhältnisse bis zum Jahre 1919 im wesentlichen unverändert erhalten haben, muß man zugeben, daß Deutschland im Falle einer Volksabstimmung in diesem Gebiet mit einer klaren Mehrheit hätte rechnen können. Für das Ostrau-Witkowitz Industriegebiet gilt also daselbe wie etwa für das Odmüser Deutschumsgebiet (Siehe „Ostland“ Nr. 19/1938, Seite 443!): Das Deutsche Reich hat sich bei der Festsetzung seiner neuen Grenzen gegenüber dem tschechischen Staat eine weitgehende Zurückhaltung hinsichtlich seiner Gebietsforderungen angesetzt. Das Deutsche Reich hat nicht nur keine Gebiete beansprucht, deren deutscher Charakter nicht von vornherein feststand, sondern es hat, um einer weitgehenden Verständigung mit dem tschechischen Staat alle Wege zu ebnen, auch auf mehrere Gebietssteile verzichtet, auf die es seine an sich berechtigten Ansprüche jederzeit im Wege einer Volksabstimmung hätte nachweisen können.

Abwanderung aus dem Grenzgebiet

Man ist gewohnt, das oberschlesische Industriegebiet als ein Gebiet mit wachsender Bevölkerung zu betrachten. Das ist es auch, seitdem es eine Bevölkerungsstatistik gibt, immer gewesen. Seit 1936 ist das anders. Unter dem Einfluß der auf eine industrielle und bevölkerungspolitische Konzentration abgestellten Wirtschaftspolitik des Reiches ist aus dem industrie- und geburtenreichen Revier an der polnischen Grenze ein Gebiet mit sinkender Bevölkerung geworden. Die nüchternste Statistik spricht eine ernste und nicht mißzuverstehende Sprache*).

In der Zeit zwischen den beiden letzten Volkszählungen von 1925 und 1933 hat die Provinz Oberschlesien einen Wanderungsverlust von 37 939 Personen zu verzeichnen gehabt, und zwar haben die 14 Landkreise einen Wanderungsverlust von 50 105, die 6 Stadtkreise dagegen einen Wanderungsgewinn von 12 166 Personen gehabt. Dieser Gewinn ist fast ausschließlich den Städten des unmittelbar an der Grenze gelegenen Industriegebietes zugute gekommen. Von 1933 an haben sich die Verhältnisse in diesem Gebiet, das die Städte Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg, sowie den Landkreis Beuthen-Tarnowitz umfaßt, allmählich verschoben. Die Wanderungsbewegung hat sich in den ersten vier Jahren nach der Machtergreifung, für die bisher die entsprechenden Zahlen vorliegen, wie folgt entwickelt:

Jahr	Zuzüge	Abzüge	Wanderungsgewinn bzw. -verlust	Geburtenüberschuß
1933	32 302	29 865	+ 2 437	4 408
1934	32 532	33 409	— 877	5 948
1935	33 349	38 950	— 5 601	6 067
1936	37 296	46 618	— 9 322	5 513
1933/36	135 479	148 842	— 13 363	21 931

Im Laufe von vier Jahren hat das oberschlesische Industriegebiet also einen Wanderungsverlust von fast 13 400 Personen zu verzeichnen. Seit 1934 ist die Wanderungsbilanz des Gebietes passiv. Die Hälfte dieses Wanderungsverlustes entfällt auf die Arbeiterstadt Hindenburg, nämlich 6 700 Personen, etwa ein Viertel auf die Behördenstadt Beuthen, nämlich 3 260 Personen. Vergleicht man nun die Wanderungsziffern mit den Geburtenüberschußziffern, so zeigt es sich, daß erstmalig im Jahre 1936 der Wanderungsverlust des Industriegebietes größer gewesen ist als sein Geburtenüberschuß, daß also ein Bevölkerungsrückgang eingetreten ist. Für das Jahr 1936, das man als ein kritisches in der Bevölkerungsentwicklung des Gebietes bezeichnen muß, ergibt sich im einzelnen folgendes Bild:

Kreis	Geburtenüberschuß	Wanderungsbilanz	Bevölkerungsverlust
Beuthen	1 022	— 2 939	— 1 917
Gleiwitz	1 297	— 1 539	— 262
Hindenburg	1 593	— 8 114	— 1 521
Beuthen-Tarnowitz	1 601	— 1 710	— 109
Industriegebiet	5 513	— 9 322	— 3 809

Im Jahre 1936 hat demnach im Industriegebiet einem Geburtenüberschuß von 5 513 ein Wanderungsverlust von 9 322 Personen gegenübergestanden; es hat sich also ein Bevölkerungsverlust von 3 809 Personen ergeben. Dieser Verlust ist fast ausschließlich auf die Städte Beuthen und Hindenburg entfallen. Der Umschwung, der seit 1933 in der Bevölkerungsentwicklung des Industriegebietes eingetreten ist, tritt besonders deutlich zutage, wenn man die Ziffern der Bevölkerungsbewegung (Geburtenüberschuß plus Wanderungsgewinn bzw. -verlust) von 1933 und 1936 miteinander vergleicht. Das Ergebnis der Bevölkerungsbewegung im Industriegebiet ist gewesen im Jahre 1933: Zunahme um 6 840 Personen, im Jahre 1936: Abnahme um 3 809 Personen.

*) Siehe: „Zahlen zur Lage im oberschlesischen Industriegebiet“. Im Auftrage der kommunalen Interzessionsgemeinschaft für das oberschlesische Industriegebiet herausgegeben von Dr. Gg. Ratz (Verlagung II, Heft Nr. 34).

Es erhebt sich die Frage nach dem Herkunftsgebiet der in das Industriegebiet zugewanderten und dem Wegzugsziel der von dort abgewanderten Personen. Für die Städte Beuthen, Gleiwitz, Hindenburg und die fünf großen Gemeinden des Landkreises Beuthen-Larnowitz ergibt sich für die Zeit von 1933 bis 1936 folgendes Bild:

	Übr. Ober- schlesien	Nieder- schlesien	Berlin	Nord- dtschld.	Mittel- dtschld.	Süd- dtschld.	West- dtschld.	Aus- land
Weggezogen nach:	67 441	20 595	6 127	14 953	9 225	2 170	3 305	7 993
Zugezogen aus:	65 898	16 572	3 196	9 292	5 650	1 518	2 204	18 567
Gewinn bzw. Verlust	-1 548	-4 023	-2 981	-5 061	-3 506	-652	-1 131	+10 574

Allen aufgeführten Reichsteilen gegenüber hat das ober-schlesische Industriegebiet demnach eine passive Wanderungs-bilanz aufzuweisen. Norddeutschland hat am meisten Abwanderer aus dem Industriegebiet für ständig an sich gezogen. Es folgen Niederschlesien, Mitteldeutschland und Berlin. Einzig und allein dem Ausland gegenüber ist die Wanderungsbilanz des Industriegebietes aktiv gewesen. Als das hauptsächlichste ausländische Herkunftsgebiet und Wegzugsziel ist Ostober-schlesien in Erscheinung getreten. Von dort sind in dem fraglichen vierjährigen Zeitraum rund 15 600 Personen zugewandert, während etwa 5 100 Personen nach dorthin abgewandert sind. Einschließlich der Personen, für die keine Angaben über Herkunftsgebiet und Wanderungsziel vorliegen, hat der Wanderungsverlust des oben umrissenen Industrie-gebietes in der Zeit von 1933 bis 1936 sich auf 15 407 Personen belaufen.

Bemerkenswert ist nun die berufliche Zusammenfassung dieses Wanderungsverlustes, der zu beinahe vier Fünftel von männlichen Personen bestritten worden ist. Für die einzelnen Berufsgruppen hat der Wanderungs-verlust des ober-schlesischen Industriegebietes an männlichen Personen in den Jahren 1933 bis 1936 betragen:

Landw. Arbeiter	- 2 150	Techn. Angestellte	- 705
Bergarbeiter	- 695	Angelernte Arbeiter	- 1 227
Metallarbeiter	- 814	In Berufsvorbereitung	- 259
Bauarbeiter	- 388	Ohne Beruf (Kinder)	+ 61
Bäcker und Fleischer	- 378	Sonstige	- 4 386
Kaufm. Angestellte	- 893	Insgesamt	- 11 833

Besonders fällt der Verlust des ober-schlesischen Industriegebietes an industriellen Facharbeitern auf. Das Gebiet hat im Laufe der vier Jahre über 1 700 Metallarbeiter, fast 700 Bergarbeiter und über 700 technische Angestellte (Ingenieure usw.) durch Abwan-derung an die von der seit 1933 einsetzenden industriellen Entwicklung besonders begünstigten mittleren und westlichen Teile des Reiches verloren. In diesem Verlust kommt die Tatsache zum Ausdruck, daß der Wirtschaftsaufschwung des ober-schlesischen Industrie-gebietes mit dem anderer Reichsteile nicht Schritt zu halten vermocht hat. Das wird auch durch den ganz beträchtlichen Verlust an kaufmännischen Angestellten bestätigt, den das Gebiet zu beklagen hat. Dabei ist zu bemerken, daß die Massenabgabe an gelernten Arbeitskräften durch das ober-schlesische Industriegebiet an Mittel- und Westdeutschland erst in den Jahren 1935/36 in vollem Um-fang eingeseht hat. Allein in diesen beiden Jahren hat das Gebiet 1 800 Metall-arbeiter, 850 Bergarbeiter, 630 Bauhandwerker und Bauarbeiter und fast 1 100 kauf-männische und technische Angestellte eingebüßt. Erst von dieser Zeit an hat die Saugkraft der in stürmischen Aufbau begriffenen und durch ihre höheren Löhne lockenden Industrie Mittel- und Westdeutschlands auf die Wirtschaft des Grenzlandes Oberschlesiens sich wirklich fühlbar auszuwirken begonnen. Auffällig ist auch der starke Wanderungs-verlust des ober-schlesischen Industriegebietes an landwirtschaftlichen Ar-beitskräften; der Verlust an solchen Kräften (männliche und weibliche) hat in den Jahren 1935/36 nicht weniger als 3 800 Personen betragen! Der Ver-lust an weiblichen kaufmännischen Angestellten hat sich in diesen beiden Jahren auf rund 340 und der Verlust an Hausangestellten auf über 2 200 Personen belaufen!

In diesen Wanderungsverlusten, die, allen Anzeichen nach zu urteilen, in den Jahren 1937/38 noch ganz erheblich gestiegen sind, kommt eine Entwicklung des ober-schlesischen

Industriegebietes zum Ausdruck, die grenz- und volkspolitisch sehr bedenklich erscheint. Denn es sind erfahrungsgemäß gerade die aktivsten und tüchtigsten deutschen Elemente, die durch diesen Prozeß aus der oberschlesischen Grenzlandwirtschaft herausgesaugt werden, also gerade die Bevölkerungsteile, die für die Festigung und Unangreifbarkeit des deutschen Volkstums und für den Hochbestand des Wirtschaftslebens an einer Grenze, die eine ausgesprochene Kampfgrænze ist, besonders wertvoll sind. Die Notwendigkeit, Arbeitskräfte aus allen Teilen des Reiches dort zusammenzuziehen, wo aus militärischen oder anderen Gründen eine besondere Anspannung der Produktionskraft erforderlich ist, muß gegeben werden. Man muß sich aber auch wohl die Frage vorlegen, ob der wirtschaftliche Vorteil, der mit der Konzentrierung der Arbeitskräfte auf der einen Seite erzielt wird, auf der anderen Seite volkspolitisch nicht zu teuer erkauft wird.

Das Memelgebiet kämpft um sein Recht

Die nach dem Ablauf der Legislaturperiode fälligen Neuwahlen zum Memellandtag sind auf den 11. Dezember festgesetzt worden. Damit wendet sich die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit, die seit Beginn d. J. fast ausschließlich den großen Ereignissen in Oesterreich und der Tschecho-Slowakei gegolten hat, wieder in stärkerem Maße dem nördlichen Abschnitt der deutschen Ostgrænze zu. Die litauische Regierung hat gerade in letzter Zeit Gelegenheit gehabt, zu beobachten, daß volkspolitische Fragen dort, wo sie nicht mit der erforderlichen Korrektheit und Gerechtigkeit angefaßt werden, in einer sehr unangenehmen Weise aktuell werden können. Im Hinblick auf den unmißverständlichen Anschauungsunterricht, den die Ereignisse d. J. geliefert haben, wäre es nur schwer zu begreifen, wenn die litauische Regierung immer noch nicht einsehen wollte, daß es nichts anderes als ein Akt politischer Klugheit wäre, wenn sie bei den kommenden Wahlen alles vermeiden würde, was auch nur im entferntesten an die ungeheuerlichen Wahlmethoden von 1935 erinnern könnte. Was in dieser Hinsicht bisher geschehen ist, muß man als unzureichend bezeichnen: Es sind lediglich einige Bestimmungen des Wahlgesetzes von 1935 abgeändert worden: So sollen die Stimmzettel den Wählern nicht erst im Wahllokal ausgehändigt, sondern bereits drei Tage vor der Wahl zugestellt werden; auch soll die Auszählung der Stimmen nicht mehr durch den Hauptwahlausschuß, sondern durch die einzelnen Bezirkswahlausschüsse erfolgen. Diese und einige andere Änderungen, die das Wahlverfahren betreffen, sind zu begrüßen. Zu erwähnen ist auch, daß jene Bestimmung des alten Wahlgesetzes aufgehoben worden ist, derzufolge die Personen kein Wahlrecht besäßen, die den durch das Urteil des Raener Kriegesgerichtes von 1936 als „staatsfeindlich“ gebrandmarkten memelländischen Organisationen angehört haben. Doch bleibt immer noch zahlreichen anderen Memelländern das Wahlrecht vorenthalten, z. B. denjenigen, die vom Kriegskommandanten den „blauen Brief“ erhalten haben, die also als „politisch unzuverlässig“ gekennzeichnet sind. Da es sich hierbei um eine beträchtliche Zahl von deutschgesinnten Wählern handelt, kann man von einer korrekten Durchführung der Wahlen nicht sprechen, solange nicht auch diese Memelländer wieder in den vollen Besitz ihrer staatsbürgerlichen Rechte gelangt sind.

Daß die litauische Regierung immer noch zögert, normale Verhältnisse im Memelgebiet herzustellen, geht aus ihrer Einstellung zu der Frage des Kriegszustandes hervor. Auf Grund der vor einigen Monaten angenommenen neuen Verfassung Litauens ist die Aufhebung des seit 12 Jahren auf dem Memelgebiet lastenden Kriegszustandes notwendig geworden. Die litauische Regierung hat im März d. J. auch die Befreiung des im Memelgebiet herrschenden Ausnahmeregimes in Aussicht gestellt. Am 15. Oktober sind aber dem Raener Seim zwei Gesetzesentwürfe vorgelegt worden, aus denen hervorgeht, daß eine Einlösung dieses Versprechens seitens der Regierung nicht beabsichtigt ist. Der Gouverneur erhält das Recht, „aus Gründen der Staatsicherheit“ die Presse zu zensieren, Versammlungen und Aufzüge zu verbieten, Personen, die ihm staatsgefährlich vorkommen, auszuweisen oder für eine Zeit bis zu sechs Monaten einem Zwangsarbeitslager zu überweisen, und „in eiligen Fällen“ alle ihm geeignet erscheinenden anderen Maßnahmen zu ergreifen,

„wenn Unruhe erregt wird oder Nachrichten verbreitet werden, die einen Teil der Bevölkerung gegen den anderen aufheizen“, u. a. m. Für den Fall, daß vom Präsidenten der Republik der Sicherungs- oder Belagerungszustand verhängt wird, erhält der Gouverneur noch weitergehende Rechte. Durch das Beschwerderecht, das den Betroffenen zusteht, wird die sofortige Vollstreckbarkeit der Anordnungen des Gouverneurs nicht behindert.

Die Abgeordneten des Memelgebietes haben gegen diese neuen Befehle im Kauener Seim sofort Einspruch erhoben. Sie haben ferner festgestellt, daß diese Befehle nicht die Aufhebung, sondern die Verewigung des Kriegszustandes bedeuten. Tatsächlich ist es ja so: Der Kriegszustand wird formell zwar „aufgehoben“, praktisch aber bleibt er auf Grund neuer gesetzlicher Bestimmungen weiter bestehen; der Kriegskommandant wird zwar abgeschafft, praktisch aber werden die bisher ihm zustehenden Befugnisse nur auf den Gouverneur übertragen. Der deutsch gesinnten Bevölkerung des Memelgebietes wird auch weiterhin das Recht der freien Meinungsäußerung, das Recht der freien politischen und kulturellen Betätigung und das Recht der freien Bekundung ihres völkischen Willens verwehrt. Die Memelländer, die den geistigen Zusammenhang mit dem Mutterlande pflegen, die Belange des deutschen Volkstums vertreten oder ihre Stimme zum Schutze der Autonomie erheben, sind weiterhin der Gefahr ausgesetzt, als Staatsfeinde behandelt zu werden mit der Begründung, daß sie „einen Teil der Bevölkerung gegen den anderen aufheizen“ oder „das litauische Nationalgefühl verletzen“ oder „die Sicherheit des Staates gefährden“. Die litauische Regierung hat das von ihr gegebene Versprechen, den Ausnahmezustand im Memelgebiet aufzuheben, nicht gehalten. Sie hat sich eines Vertrauensbruchs schuldig gemacht. Sie hat sich erneut gegen die Bestimmungen des Memelstatuts, das keine relativen Befugnisse des Gouverneurs kennt, vergangen. Sie hat sich für die Politik einer weiteren Mißachtung der Autonomie des Memelgebietes entschieden. Wenn dieses Gesetz tatsächlich in Kraft treten sollte, würde sich die litauische Regierung in eine Lage begeben, die für ihren Staat sehr schwerwiegende Folgen zeitigen müßte. Das „Memeler Dampfboot“ hat zu der litauischen Ankündigung, daß in der Zeit vor der Wahl ein möglichst großer Spielraum für die Abhaltung von Versammlungen usw. im Rahmen der geltenden Staatsschutzbestimmungen gewährt werden würde, in folgender Weise Stellung genommen: „Die Memelländer werden sich niemals mit diesen Abschlagszahlungen kleinsten Ausmaßes zufrieden geben. Was sie verlangen ist die Aufhebung des Kriegszustandes und die vollständige Wiederherstellung der Gewissens-, Versammlungs- und Pressefreiheit. . . Die kleinen Beruhigungsspritzen, die man den Memelländern geben will, haben keinen anderen Zweck als den, Zeit zu gewinnen. Diese Methode ist allen Memelländern sehr gut bekannt. Immer wieder hat sie die Beziehungen des Memellandes zum übrigen Litauen vergiftet. Sie hat den Krankheitsherd nur noch gefährlicher gemacht. Die Memelländer, das muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, werden sich niemals mit dem Herumdoktern an kleinen Einzelstagen zufrieden geben. Was die Memelländer immer und immer wieder verlangen und jetzt nachdrücklicher denn je, ist die vollständige Wiederherstellung aller in der Memelkonvention festgesetzten, verbrieften Rechte. . .“

Außer diesen Fragen ist es noch die Vetopolitik des Gouverneurs, die das besondere Interesse beansprucht. Der Gouverneur hat in den letzten Jahren von dem Vetorecht in einem Umfang und in einer Weise Gebrauch gemacht, durch die die gesetzgebende Tätigkeit des Memellandtags weitgehend lahmgelegt worden ist. Seit Jahren wird von ihm das Inkrafttreten bestimmter vom Landtag beschlossener Gesetze systematisch verhindert, vor allem der Gesetze, die dazu dienen, die sozial, wirtschaftlich und kulturell schädlichen Folgen des Massenstroms landfremder Elemente von der altzeitigsten Bevölkerung des Gebietes abzuwenden. Jahrelang haben der Landtag und das Direktorium in der Frage der Vetopolitik mit dem Gouverneur zu einem gütlichen Einvernehmen zu kommen versucht. Immer wieder sind sie bestrebt gewesen, durch eine feindselige Abstimmung der Gesetze auf die Bestimmungen des Memelstatuts allen Einwänden des Gouverneurs die Spitze abzubrechen. Vergebens! Die Zahl der in den drei letzten Jahren vetierten Gesetze ist auf etwa zwei Duzend gestiegen. Die Lage ist unhaltbar geworden. Der Landtag und das Direktorium haben aus der renitenten Haltung des Gouverneurs die notwendigen Folgerungen gezogen. Sie haben zu verstehen gegeben, daß sie diese Einstellung nicht mehr länger hinzunehmen bereit

sind. In einer seiner letzten Sitzungen hat der Landtag mehrere, vom Gouverneur bereits wiederholt vetierte Gesetze erneut beschlossen und für dringlich erklärt. Zugleich hat das Direktorium angekündigt, daß es im Falle einer nochmaligen Ablehnung durch den Gouverneur die Bestimmungen dieser Gesetze von sich aus im Verordnungswege in Kraft setzen werde. Am 21. Oktober ist gegen die in Frage stehenden Gesetze (es handelt sich um das Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und um das Gesetz betreffend die Ausübung eines Handwerks als stehendes Gewerbe) erneut das Veto eingelegt worden.

Es bleibt hierzu nur noch folgendes zu bemerken: Es ist ein Zustand, der unter keinen Umständen länger geduldet werden wird, daß es dem Memellandtag durch irgendwelche Repräsentanten der litauischen Regierung noch weiterhin unmöglich gemacht wird, für das Memelgebiet diejenigen Gesetze zu erlassen, die er als die von der Bevölkerung dieses Gebietes gewählte Vertretung für notwendig hält. Es scheint dringend erforderlich zu sein, die litauische Regierung noch einmal in sehr klarer Form darauf hinzuweisen, daß die Nichtsichnung jeder Politik im Memelgebiet die Aufrechterhaltung der völkischen Selbständigkeit der alteingesessenen, also der deutschgesinnten Bevölkerung ist und daß die strikte Einhaltung der Autonomie die unabdingbare Voraussetzung der staatlichen Zugehörigkeit des Memelgebietes zu Litauen bildet. Die litauische Regierung hat diesen beiden Grundelementen jeder Memelpolitik bisher in keiner Weise Rechnung getragen. Sie hat vielmehr das Memelgebiet zu einem Versuchsfeld ihrer volkspolitischen Kampfmethoden und ihrer bevölkerungspolitischen Experimente gemacht. Damit muß jetzt endlich und radikal Schluß gemacht werden.

Die Zips — eine deutsche Frage

Die polnische Presse hat bekanntlich in letzter Zeit für Polen Ansprüche auf einige Gebietsteile der Slowakei angemeldet. Es hat sich dabei 1. um das südlich des Jablunkapasses gelegene Gebiet von Tschatscha, 2. um das Gebiet von Arwa, d. h. die nördlichen Teile der Kreise Trstena und Nameslorwo und 3. um einen Teil der Zips, nämlich die Kreise Altdorf, Alt-Zublaw und Käsmark gehandelt. Das erstgenannte Gebiet liegt südlich des Jablunkapasses, der sich seit der Otkupierung des Landes westlich der Olsa in polnischen Händen befindet; die beiden anderen Gebietsstücke schließen sich westlich bzw. östlich an das im Bereich der Hohen Latra nach Süden ausbuchtende polnische Staatsgebiet an. Was von den Bemühungen der polnischen Presse, diese Gebietsansprüche vorkammäßig zu begründen, zu halten ist, läßt sich aus den Volkszählungsergebnissen von 1921 entnehmen. Damals sind in der ganzen Slowakei insgesamt nur 2 536 Polen tschecho-slowakischer Staatsangehörigkeit gezählt worden. In den einzelnen, von den Polen beanspruchten Kreisen hat sich folgende nationale Zusammensetzung der Bevölkerung ergeben:

Bezirk	Slowaken	Deutsche	Magjaren	Polen	Ukrainer	andere	Staatsfremde	Gesamtbevölkerung
Tschatscha	39 421	149	33	32	33	304	179	40 151
Nameslorwo	27 085	67	8	65	1	312	115	27 653
Trstena	6 720	118	22	6	1	183	115	7 165
Altdorf	7 123	245	46	65	1 302	198	259	9 238
Alt-Zublaw	9 440	2 900	73	66	3 407	256	330	16 492
Käsmark Stadt und Land	10 134	11 292	429	57	603	1 438	698	24 651

Von den vorstehend erwähnten Gebietsforderungen Polens verdient deutscherseits die auf die Oberzips gerichtete Forderung die stärkste Beachtung, da es sich hier um ein altes deutsches Volksgebiet handelt. Die Oberzips bildet das Einzugsgebiet der Popper. In diesem landschaftlich einzigartigen Bergland, das zu Füßen der Hohen Latra liegt, siedeln die Deutschen schon seit mehr als 800 Jahren. Sie haben vom Beginn des 12. Jahrhunderts an zunächst gemeinsam mit Magjaren und Slawen (nicht Polen!) das wilde Waldland gerodet und durch feste Plätze gesichert. In dem großen Mongolensturm von 1241 ist die nichtdeutsche Bevölkerung fast restlos

zugrundegegangen. Nur das deutsche Element hat sich zu behaupten vermocht. Deutsche sind es dann auch gewesen, die den Wiederaufbau und die weitere Besiedlung des Landes durchgeführt haben. In der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts sind die meisten, noch heute bestehenden Siedlungen entstanden. Es sind durchweg rein deutsche Dörfer und Städte gewesen. Die Zips wird damals zu einem deutschen Volkstumsgebiet, das von den Königen von Ungarn mit weitgehenden Privilegien ausgestattet wird. Die Lage an dem wichtigen Handelsweg von Galizien nach Ungarn begünstigt die wirtschaftliche Entwicklung der Städte. Die Oberzipser Städte wie vor allem Leutschau, Käsmark, Pudelein und Lublau werden Brennpunkte weitgespannter Handelsbeziehungen. Es gibt kein anderes Deutschstumsgebiet außerhalb der Grenzen des Reiches, das auf einem verhältnismäßig engen Raum eine solch' überraschende Fülle hervorragender Zeugnisse mittelalterlicher deutschen Kunstschaffens aufzuweisen hat wie die Zips.

Im 15. Jahrhundert wird die aufstrebende Entwicklung der Zips durch zwei schwere Schläge gehindert: Im Jahre 1412 verpfändet Sigismund, König von Ungarn und deutscher Kaiser, 13 deutsche Städte der Zips, unter ihnen Lublau, Kniefen und Pudelein, gegen 37 000 böhmische Groschen an den Herzog von Polen. Das Gebiet ist niemals wieder eingelöst worden. Den zweiten Schlag haben die Hussiten geführt. Im Jahre 1433 gelingt es ihnen, Käsmark zu überrumpeln und zahlreiche andere Orte zu nehmen. Der Hussiteneinfall ist für das Deutschstum der Zips nur eine Episode geblieben. Die Verpfändung der 13 Städte an Polen aber hat die Einheit des deutschen Gaues für mehr als drei Jahrhunderte zerbrochen. Polnischer Einfluß hat sich in dieser Zeit im Gebiet der 13 Städte geltend gemacht. Die slowakische Unterwanderung der Städte und Dörfer beginnt. Der polnische Adel entrechtet die deutschen Bauern oder vertreibt sie von ihrer Scholle. Doch sind es vorwiegend Slowaken, aber nur wenige Polen gewesen, die sich damals im deutschen Volkstumsgebiet festgesetzt haben. Im Zusammenhang mit der Auflösung des polnischen Staates ist das Gebiet dann wieder an Ungarn zurückgekommen.

Im 16. Jahrhundert hat sich die Lage des Deutschstums der Zips ungünstig entwickelt. Die wirtschaftliche Notlage, verursacht durch den Niedergang des Handels und Hausgewerbes, hat zahllose Deutsche zum Verlassen des Landes gezwungen. In die frei gewordenen Plätze ist slowakisches Volkstum eingestrickt. Die Hauptwanderungsziele sind die Städte Innerungarns und die Vereinigten Staaten gewesen. Vor dem Kriege hat es in Ungarn etwa 20 000 außerhalb ihres Heimatgebietes wohnende Zipser gegeben; in den Vereinigten Staaten hat man ihre Zahl damals auf rund 25 000 geschätzt. Die Abwanderung hat für das Zipser Deutschstum einen schweren Verlust an Volkskraft bedeutet. In kultureller Hinsicht hat sich das Deutschstum im Vorkriegsungarn in sehr bedrängter Lage befunden. Geistliche Beziehungen zum deutschen Mutterland, die Jahrhunderte hindurch gepflegt wurden, hat es nicht mehr gegeben. Die deutschen Schulen sind reslos aufgelöst worden. 1872 ist das berühmte deutsche Lyzeum in Leutschau in eine Realschule mit madjarischer Unterrichtssprache umgewandelt worden. Vor allem das städtische Deutschstum ist weitgehend der Madjarisierung verfallen. Die ärmeren deutschen Schichten haben viele Familien an das Slowakentum verloren. Besonders die geistig führenden Zipser haben sich damals dem deutschen Volkstum entfremdet. Die Judenemanzipation hat einen bedrohlichen Einbruch jüdischer Händler zur Folge gehabt. Die letzten Reste der eigenen Rechtsordnung des Zipser Gaues sind in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts dem Budapestser Zentralismus zum Opfer gefallen. Ein volkdeutsches Organisationswesen hat das Madjarentum nicht geduldet. Die Lage schien hoffnungslos zu sein.

Der Weltkrieg hat in dieser Hinsicht einen Umschwung gebracht. Das Ende der madjarischen Herrschaft hat die verschütteten Kräfte des deutschen Volkstums der Zips wieder geweckt. Die Trennung von Ungarn ist für das Deutschstum der Slowakei ein Segen gewesen. In den Schulen ist, allerdings in unzureichendem Maße, wieder die deutsche Unterrichtssprache eingeführt worden. Die junge Generation hat sich von fremdvölkischen Einflüssen befreit. Die werbende Kraft des Madjarentums ist mit dem Verlust der politischen Macht geschwunden. Die Deutschen der Zips haben sich mit den Volksgenossen der anderen karpathendeutschen Volkstumsinseln auf kulturellem und politischem Gebiet zu gemeinsamem Handeln zusammengetan. Politisch hat dieser Zusammenschluß in der Kar-

pathendeutschen Partei ihren Ausdruck gefunden. Das Zipser Deutschtum hat keinen Anlaß, die Rückkehr der magyarischen Herrschaft zu wünschen. Noch viel weniger liegt den Deutschen der Oberzips daran, unter polnischer Herrschaft zu kommen. Die Vergangenheit hat ihnen von dieser Seite nichts Gutes gebracht.

Polen hat schon im Jahre 1918 Ansprüche auf die Oberzips geltend gemacht. Es hat seinen Ansprüchen damals mit Waffengewalt Geltung zu verschaffen versucht. Im Dezember 1918 haben polnische Truppen, im Poppertal vorrückend, das Gebiet bis Biela u besezt, es jedoch vor den herannahenden tschechisch-slowakischen Formationen kurz darauf teilweise und Mitte Januar 1919 vollständig wieder geräumt. Im Juni desselben Jahres hat Polen die günstige Gelegenheit des ungarisch-tschechischen Krieges zu einem neuerlichen Einfall benutzt. Es hat durch diese Aktion die tschechische Front gegen Ungarn geschwächt. Doch hat es schon nach wenigen Tagen auf Veranlassung der französischen Militärmission in Warschau seine Truppen wieder umkehren lassen und so den Tschechen wieder freie Hand gegen die tief in der Slowakei stehenden Ungarn gegeben. Der Streit um die Zips ist dann im Juli 1920, ebenso wie der Streit um das Leschener Schlesien, durch eine Entscheidung der Völkervertragskonferenz beigelegt worden. Durch diese Entscheidung hat Polen von der Zips einen Gebietsstreifen von 195 Quadratkilometern mit 8700 Einwohnern zugesprochen erhalten. Polen hat sich mit dieser Regelung nicht zufrieden gegeben, und es ist von vornherein zu erwarten gewesen, daß seine Ansprüche auf weitere Teile der Zips bei einer sich bietenden Gelegenheit wieder aufleben würden.

Das Gebiet, auf das sich diese Ansprüche beziehen, umfaßt, wie erwähnt, die Kreise Altdorf, Alt-Lublau und Räumark. Es ist das Gebiet zu beiden Seiten der Popper, dessen natürlicher Mittelpunkt R ä s m a r k ist, eine Stadt mit etwa 7000 Einwohnern, die eine nahe an die 50-v.-H.-Grenze heranreichende deutsche Minderheit und im übrigen eine slowakisch-ukrainische Bevölkerung aufweist. Das Gebiet ist mit alten deutschen Siedlungen dicht besetzt. Allerdings gibt es dort kaum noch rein deutsche Gemeinden. Ueberall haben sich neben den Deutschen Slowaken und Ukrainer niedergelassen. Die drei Kreise haben im Jahre 1921 rund 50400 Einwohner gezählt. Davon haben die Slowaken mit 28800 die Mehrheit gebildet. Die Deutschen, 14400 Seelen stark, haben ein Drittel der Bevölkerung ausgemacht. An dieser Stelle haben die Ukrainer mit 4900 Seelen, also etwa einem Zehntel der Bewohner, gestanden. Polen tschecho-slowakischer Staatsangehörigkeit sind in diesem Gebiet so gut wie gar nicht vorhanden. Selbst wenn man berücksichtigt, daß die im Jahre 1921 ausgewiesenen fast 1300 Staatsfremden zum Teil Polen gewesen sind, macht das polnische Element im Bereich der drei Kreise kaum mehr als 2 v. H. der Bevölkerung aus. Die Leute aus der Zips, die vor einiger Zeit den polnischen Außenminister aufgesucht haben, um ihm ihre Anhänglichkeit an Polen zum Ausdruck zu bringen, haben selbst unter Berücksichtigung der Unzuverlässigkeit der tschecho-slowakischen Volkszählung kein Recht, im Namen des Landes zu sprechen. Und es gibt keinen Deutschen, der den Wunsch haben kann, nach den Leschener Deutschen auch die Volksgenossen in der Zips unter polnische Herrschaft geraten zu lassen, zumal im Zuge der Neuordnung der slowakischen Verhältnisse für die Zipser und die anderen Karpathendeutschen die Gewähr für eine freie völkliche Entwicklung im Rahmen der Slowakei gegeben zu sein scheint.

Die Kandidaten für die Sejmwahlen

Am 13. Oktober fanden die Vorkwahlen zu den Sejmwahlen statt. Bei diesen Vorkwahlen wurden in den 104 Wahlbezirken, in die Polen eingeteilt ist, von den Bezirkswahlversammlungen die Kandidaten für die Sejmwahlen gewählt. Wenn man das Ergebnis betrachtet, muß die Annahme, daß die überraschende Durchführung von Neuwahlen als eine Rettungsaktion für das völlig in die Sackgasse geratene „Lager der nationalen Einigung“ gedacht war, berechtigt erscheinen. Denn auf den am 13. Oktober aufgestellten Kandidatenlisten ist das Lager mit mehr als 70 v. H. vertreten. Der Rest entfällt zum Teil auf die nicht dem Lager angehörenden Regie-

rungeanhänger. Im großen Ganzen ist es dem Lager gelungen, die Wahl der ihm un-
 bequemem Elemente des Regierungslagers, also vor allem der Mitglieder der Obersten-
 gruppe und der Konservativen, zu verhindern. Doch ist Oberst Sławek in
 einem Warschauer Wahlbezirk, allerdings nur mit knapper Mehrheit, auf die Kandidaten-
 liste gekommen. In Wilna sind der vielgenannte Chefredakteur des „Głowo“, Cat-
 Mażewicz und der volkstümliche General Żeligowski, der „Befreier Wilnas“,
 aufgestellt worden. Unter den konservativen Kandidaten befindet sich auch Graf Hutten-
 Czapski. Nicht aufgestellt worden sind z. B. der frühere Vizepräsident des Sejm,
 Oberst Schäßel, und Frau Prytor, die sich durch mehrere temperamentvolle Vor-
 stöße in der Freinmännerfrage beim Lager unbeliebt gemacht hat, ferner der frühere
 Handelsminister Florjan-Rajchman und die langjährigen Wortführer der Industrie
 im Sejm, Kozicki und Sędziński, weiter der frühere Fraktionsführer des
 Lagers im Sejm Oberst Świdziński, der bekannte Vertreter der Konservativen
 Graf Larnowski, u. a. m. Dagegen sind einige Repräsentanten der oppositi-
 onellen Parteien, zum Teil mit Unterstützung des „Lagers der nationalen Einigung“,
 auf die Kandidatenliste gelangt. Das größte Aufsehen hat es erregt, daß auch der
 Bauernführer Madejczyk, der dem Hauptvorstand der Volkspartei angehört, zum
 Sejm kandidiert. Besonderen Wert hat das Lager offensichtlich darauf gelegt, solche
 Bauernführer, die sich mit der Volkspartei überworfen haben, als Kandidaten zu
 präsentieren. Da sind u. a. zu nennen, der frühere Abgeordnete Josef Putek, der seiner-
 zeit zu den Besten Gefangenen gehört hat, und die ehemaligen Abgeordneten der Volks-
 partei Langer, Sanjca und Waleron.

Als ein besonderes Charakteristikum der Kandidatenliste wird es von der polnischen
 Presse bezeichnet, daß auf ihr „die unbekanntenen Leute“ die weit überwiegende
 Mehrheit bilden, Leute, die bisher auf der politischen Bühne der Landeshauptstadt noch
 nicht hervorgetreten sind. Von den Abgeordneten des letzten Sejm sind auf der Kandidaten-
 liste nur 44 vertreten. Von den allgemein bekannten Politikern, die für den Sejm
 kandidieren, sind außer den bereits erwähnten u. a. zu nennen: der Ministerpräsident
 Sławoj-Skłodowski, der stellvertretende Ministerpräsident Kwiatkowski,
 der Verkehrsminister Oberst Ulrich, der Arbeitsminister Kosciakowski, der
 Chef des „Lagers der nationalen Einigung“, General Skwarczyński, der Stabschef
 des Lagers, Oberst Wenda, General Tokarzewski, der frühere Staatssekretär
 Oberst Lechnicki, der Stadtpräsident von Wilna Maleszewski, der Lemberger
 Stadtpräsident Dr. Ostrowski, der bisherige Vizepräsident des Senats, Prof. Ma-
 kowski, der Schriftleiter Kattelbach, der Gewerkschaftsführer Tomaszkie-
 wicz, der Pfarrer Szymański, der Prälat Lubelski, der Schriftleiter der
 „Gazeta Polska“, Dr. Stahl, die bisherigen Abgeordneten Major Wagner,
 Gowinski, Wojciechowski, Surzyński, Marchlewski usw.

Hinsichtlich der beruflichen Zusammensetzung der Kandidatenliste ergibt
 sich nach den Feststellungen der konservativen Presse folgendes Bild. Unter den Kandi-
 daten befinden sich 147 Landwirte, 93 Staats- und Kommunalbeamte, 60 Lehrer,
 30 Rechtsanwälte, 19 Handwerker, 17 Kaufleute, 14 Offiziere, je 8 Frauen und katho-
 lische Geistliche und 6 Arbeiter. Auffällig ist auf der einen Seite, daß die Landwirt-
 schaft, die im früheren Sejm nur schwach vertreten gewesen ist, etwa 30 v. H. der
 Kandidaten stellt, und auf der anderen Seite, daß die Industrie, die im alten Sejm
 eine Reihe hervorragender Sprecher gehabt hat, unter den Kandidaten so gut wie gar
 nicht vertreten ist. Die deutsche Volksgruppe wird im neuen Sejm ebenso
 wenig wie im alten vertreten sein. Sie hat zwar in einer Reihe von Bezirken ihre
 Delegierten in die Wahlversammlungen entsandt, hat aber bei deren eigenartiger Zu-
 sammensetzung nirgends einen Kandidaten durchbringen können. Lediglich in der Wahl-
 versammlung des Wahlbezirks 98, der die Städte Rattowitz und Königshütte umfaßt,
 ist es den 9 Vertretern der deutschen Volksgruppe möglich gewesen, den deutschen Stadt-
 verordneten Majorosi als Kandidaten vorzuschlagen; doch hat die deutsche Kandidatur
 gegenüber den 131 polnischen Wahlmännern lediglich theoretische Bedeutung gehabt. Von
 den anderen Volksgruppen haben die Ukrainer in Ostgalizien eine größere Zahl von
 Kandidaten durchgebracht, darunter die bisher schon dem Sejm angehörenden Abgeordneten
 Mudry, Pelenki und Baran. Auch den Juden ist in Warschau, Lody,
 Krakau, Lemberg usw. die Aufstellung mehrerer eigener Kandidaten gelungen, u. a.
 Minberg, Sommerstein und Trockenheim. Die russische (nicht weiß-

russische!) Gruppe hat im Wilnagebiet den früheren Abgeordneten Pimonow auf die Liste gebracht.

Das „Lager der nationalen Einigung“ ist mit dem Ergebnis der Vorwahlen zufrieden. Doch liegt mit der Aufstellung der Kandidatenliste das Bild des zukünftigen Sejm, der am 6. November gewählt wird, noch nicht endgültig fest. Zwar ist nicht daran zu zweifeln, daß das Lager als solches aus den Wahlen vom 6. November als unbestrittener Sieger hervorgehen wird. Aber einerseits wird es im Sejm mit mehreren oppositionellen Gruppen, wie den Konservativen, den Obersten und den Ukrainern zu rechnen haben; und andererseits stellt das Lager in sich selbst durchaus noch keine geschlossene Einheit dar. Ob es ihm gelingen wird, im Sejm als festgefügtter Block zu operieren, wird erst die Praxis erweisen. Bisher haben sich Spannungen innerhalb des Lagers immer dann eingestellt, wenn seine jeweilige Leitung mit dieser oder jener oppositionellen Richtung außerhalb des Lagers Fühlung zu nehmen versucht hat. Nach den mißglückten Versuchen des Obersten Roc (Anlehnung nach rechts) und des Generals Strazynski (Erweiterung nach links) scheint jetzt ein neuer derartiger Versuch in Vorbereitung zu sein. Als sein Initiator ist der stellvertretende Ministerpräsident Kwiatkowski in Erscheinung getreten. Dieser hat vor kurzem in Rattowicz eine vielbeachtete Rede gehalten, in der er sich für eine Verständigung des „Lagers der nationalen Einigung“ mit den Nationaldemokraten und den Volksparteiern gegen die Juden, Freimaurer und Linkdemokraten eingesetzt und eine Abänderung des Wahlrechtes befürwortet hat in dem Sinne, daß das Recht der Kandidatenbenennung für die Sejmwahlen erweitert und das allgemeine Wahlrecht für den Senat eingeführt werden soll.

Die Kreise, an die sich Kwiatkowski in seiner Rede gewandt hat, haben dieses Verständigungsangebot mit Genugtuung, zugleich aber mit Zurückhaltung zur Kenntnis genommen. Die Zurückhaltung ist verständlich. Denn 1. ist keine Garantie dafür gegeben, daß es Kwiatkowski gelingen wird, seine Auffassung über die Notwendigkeit einer Abänderung des Wahlrechtes im Kabinett und innerhalb des „Lagers der nationalen Einigung“ zur Geltung zu bringen, und 2. hat der Minister allzu deutlich zu verstehen gegeben, daß sein Verständigungsangebot nur für den Fall einer Beteiligung der beiden genannten Parteien an den am 6. November stattfindenden Sejmwahlen gilt, die nach dem alten Wahlgesetz durchgeführt werden. Für eine solche Wahlbeteiligung ist bei den oppositionellen Parteien aber keine Stimmung vorhanden. Es wird sich am 6. November erweisen, in welchem Ausmaß die Bevölkerung Polens der Wahlenthaltungsparole dieser Parteien Folge leisten wird. Von Seiten des „Lagers der nationalen Einigung“ ist alles geschehen, um eine möglichst hohe Wahlbeteiligung sicherzustellen. Denn nicht darauf kommt es an, wer gewählt wird, sondern daß die Bevölkerung überhaupt zur Wahlurne geht. Das Ausmaß, in dem das geschieht, wird ein Stadtmesser dafür sein, ob sich die Bevölkerung zum herrschenden Regierungssystem zustimmend oder ablehnend verhält, — vorausgesetzt, daß die Wahlen „sauber“ durchgeführt werden.

Ostland-Chronik

Deutsch-polnisches Warenkreditabkommen

Mitte Oktober ist in Berlin ein deutsch-polnisches Warenkreditabkommen unterzeichnet worden. Danach wird Polen im Laufe von 2½ Jahren bei der deutschen Industrie Waren im Gesamtbetrage von 120 Mill. Zloty bestellen. Die Lieferungen werden Fabrikanlagen und -einrichtungen, Maschinen, Apparate und Werkzeuge, also Waren umfassen, die dem Ausbau der Industrie Polens dienen. Die Lieferungen erfolgen außerhalb des deutsch-

polnischen Wirtschaftsvertrages. Es handelt sich bei den Lieferungen aus dem Warenkreditabkommen also um eine zusätzliche deutsche Ausfuhr nach Polen. Bestellungen im Rahmen des neuen Abkommens sind nur dann zugelassen, wenn sie im Rahmen des normalen Wirtschaftsvertrages nicht realisiert werden können und wenn es sich um Waren für Investitionszwecke handelt. Den polnischen Importeuren wird deutscherseits ein langfristiger Kredit (bis zu 9 Jahren) gewährt. Die Zahlung der fälligen Bes-

träge durch die polnischen Abnehmer erfolgt in Halbjahresraten. Die Garantie für diese Transaktionen wird von der Bank Gospodarstwa Krajowego (Polnische Landwirtschaftsbank) übernommen. Die fälligen Beträge werden polnischerseits auf dem Verrechnungswege durch die Lieferung von Holz und landwirtschaftlichen Produkten beglichen. Die Durchführung des Warenkreditabkommens wird durch eine deutsch-polnische Sonderkommission überwacht. Das Abkommen bedeutet einen Fortschritt in der Entwicklung des deutsch-polnischen Warenverkehrs, die seit 1934 zwar im allgemeinen normal verläuft, sich aber wegen der geringen Aufnahmefähigkeit und Willigkeit des polnischen Marktes für deutsche Waren immer noch in ziemlich bescheidenen Grenzen bewegt. Polen erhält durch das Abkommen die Mittel zu einer allmählichen Modernisierung seiner großenteils technisch veralteten Industrie. Zugleich wird es Holz und Agrarprodukte los, an denen es ohnehin schwer verwertbaren Ueberfluß hat.

Dienstpflicht in Danzig

Um die Durchführung staatspolitischer Aufgaben sicherzustellen, hat der Danziger Senat eine Verordnung erlassen, nach der jeder Danziger Staatsangehörige bei allgemeinen Notständen (z. B. bei Feuers und Hochwassergefahr) zu persönlichen Dienstleistungen verpflichtet ist. Die männlichen körperlich und geistig tauglichen Staatsangehörigen im Alter von 18 bis 25 Jahren können zur Dienstleistung im polizeilichen Sicherheitsdienst der Freien Stadt und die im Alter von 26 bis 50 Jahren stehenden Personen zur Verstärkung dieses Sicherheitsdienstes vorübergehend herangezogen werden. Die Zahl der Danziger, die hierzu herangezogen werden, wird begrenzt sein. Die Dauer des Dienstes und die Zahl der Diensttuenden bestimmt jeweils der Senat. Zur Vorbereitung auf den zu leistenden Dienst sollen die älteren Männer zu vorübergehenden Übungen herangezogen werden. Bei deren Ansetzung soll auf das Wirtschaftsleben Rücksicht genommen und der einzelne Diensttuende nicht länger als drei Tage in Anspruch genommen werden. Den Dienstpflichtigen darf durch ihre Einziehung kein beruflicher Nachteil erwachsen, insbesondere ist ihnen während der Übungen, zu denen sie eingezogen werden, Lohn und Gehalt weiter zu zahlen.

Die Undo protestiert

Der Vorstand der Undo, der größten ukrainischen Partei Polens, hat an die polnische Regierung ein Schreiben gerichtet, in dem er gegen die Haltung Polens in der Karpathenukrainischen Frage schärfsten Einspruch erhebt: Die ukrainische Volksgruppe in Polen sei einmütig darüber entrüstet, daß durch die offiziellen Organe der polnischen Regierung der Anschluß der Karpathenukraine an Ungarn gefordert werde. Diese Haltung widerspreche dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, in dessen Namen Polen das Gebiet von Leschen und Freistadt gefordert und erhalten habe. Die Karpathenukraier seien die einzige Volksgruppe der Tschecho-Slowakei, die aus freien Stücken und auf Grund einer Volksabstimmung im Jahre 1919 dem Prager Staate beigetreten sei, nachdem die Hoffnungen auf die Bildung eines großen ukrainischen Nationalstaates durch die Rote Armee vereitelt worden seien. Die Prager Regierung habe damals der Karpathenukraine die volle Autonomie zugesichert, dieses Versprechen bisher jedoch nicht erfüllt. Da heute endlich die Möglichkeit bestehe, diese Autonomie in der Karpathenukraine mit Zustimmung und Hilfe Prags zu verwirklichen, wolle die ukrainische Bevölkerung in diesem Staate verbleiben. Deshalb protestiere die ukrainische Volksgruppe in Polen gegen die offizielle Haltung Polens, die eine Vergeßwalgung des ukrainischen Volkswillens darstelle. Das Schreiben ist von dem Hochgehören der Undo, dem Abg. Mudry, unterzeichnet.

Polnische Kampfansage an die Elongaken

Bei der Uebergabe von Tscheschisch-Leschen an die Polen am 2. Oktober hat sich ein bezeichnender Vorfall ereignet. Der bisherige 1. Bürgermeister der Stadt, Dr. Rozdon, hat dem Wojewoden Grazynski die Schlüssel der Stadt überreichen wollen, ist von diesem aber u. a. mit folgenden Worten zurückgewiesen worden: „... Ich will feststellen, daß Polen immer gerecht war und gerecht ist. Deshalb können die nationalen Minderheiten, die sich loyal und positiv zum Staate stellen, sich unter dem Schutz des polnischen Rechtes und der polnischen Verfassung sicher fühlen. Eines jedoch stellen wir fest: Wir Polen lieben klare Verhältnisse und schätzen offene Charaktere. Deshalb bringen wir den ehelichen Tschechen und Deutschen

Achtung entgegen. Wir können aber keine Zwischentypen dulden. . . Die letzten Worte haben sich auf Dr. Rozdon und seine Anhänger bezogen. Rozdon ist Slonzake. Er gehört jener die Mehrheit im Lande bildenden Bevölkerungsschicht an, die Jahrhunderte hindurch mit den alteingesessenen Deutschen in Frieden und Freundschaft gelebt hat. Er ist der Begründer und Führer der vor dem Kriege ins Leben gerufenen „Schlesischen Volkspartei“ gewesen, die die der deutschen Kultur und dem deutschen Volke zuneigenden Slonzaken unter der Fahne der Heimattreue und des Stammesbewußtseins gegen die Ueberfremdungsbestrebungen des Polentums und gegen die deutschfeindlichen Umtriebe der zugewanderten nationalpolnischen Elemente gesammelt hat. Nach dem Zusammenbruch von 1918 hat die von Rozdon geführte Partei zusammen mit den deutschen Organisationen des Teschener Schlesiens sich um die Neutralisierung des Landes bemüht und im Namen der slonzakischen Bevölkerung die Durchführung einer Volksabstimmung zu erreichen versucht. Erst als unter den damals gegebenen machtpolitischen Verhältnissen keine Aussicht mehr bestand, den politischen Willen der slonzakischen und deutschen Bevölkerung des Teschener Schlesiens bei den Entscheidungen der Westmächte zur Geltung zu bringen, hat Rozdon sich im polnisch-tschechischen Streit um das Land für die tschechische Seite entschieden. Seine deutschfreundliche und heimatrechtliche Einstellung hat er mit dieser Parteinahme nicht verraten. Es ist sehr bezeichnend, daß er mit Hilfe der deutschen Stimmen zum 1. Bürgermeister von Tscheschisch-Teschchen gewählt worden ist. Auch hat er, wie der größte Teil der anderen evangelischen Slonzaken, stets enge Fühlung mit der deutschen protestantischen Kirche in der Tschecho-Slowakei gehalten. Den Polen ist er also stets ein Dorn im Auge gewesen. Man muß diese politische Einstellung Rozdons berücksichtigen, um die wirkliche Bedeutung der Worte des Rattowitzer Wojewoden zu begreifen. Grazynski hat mit diesen Worten den deutschfreundlichen Slonzaken des okkupierten Gebietes den entscheidenden Kampfsang gesagt. In der reichsdeutschen Presse sind diese anmaßenden Worte des Wojewoden, die im Grunde nichts anderes als eine Diffamierung der deutschfreundlichen Gesinnung der Slonzaken gewesen sind, vielfach abgedruckt worden.

Daß dies in der Regel ohne Kommen-tar geschehen ist, muß man zum mindesten als geistlos bezeichnen.

Die deutschen Schulen in Teschen und Freistadt

Wie berichtet, haben die polnischen Behörden sofort nach der Besetzung des Gebietes wesflich der Olsa alle deutschen Schulen geschlossen. Diese Maßnahme wirft auf die polnische Volkstumspolitik ein bezeichnendes Licht. Die polnischen Behörden haben es offensichtlich sehr eilig, den Deutschen des okkupierten Gebietes zu Bewußtsein zu bringen, daß sie von der tschechischen Unterdrückung befreit worden sind. Es ist ganz nüchtern festzustellen, daß die Deutschen des Gebietes in den fast zwei Jahrzehnten der tschechischen Herrschaft ihr auf eine jahrhundertalte Tradition zurückblickendes Schulwesen in einem immerhin beachtlichen Umfang fortzuführen vermocht haben, daß aber 48 Stunden polnischer Herrschaft ausgereicht haben, sämtliche deutsche Schulen zu schließen. In den Stand des deutschen Schulwesens im Augenblick der Schließung durch die polnische Okkupationsbehörden gewähren die nachstehenden Angaben über die deutschen Schulen in den Städten Tscheschisch-Teschchen und Freistadt einen Einblick. In Tscheschisch-Teschchen hat es gegeben: 2 deutsche Volksschulen (je 1 für Knaben und Mädchen) mit 10 Klassen, 11 Lehrern und 457 Schülern, 2 Bürgerschulen (je eine für Knaben und Mädchen) mit 13 Klassen, 20 Lehrern und 538 Schülern. Außerdem verfügt das Deutschtum dieser Stadt über 1 Familienschule mit 84 Schülern, 1 Handweltschule mit 80 Schülern, 1 Gewerbliche Fortbildungsschule mit 70 Schülern, 1 Kaufmännische Fortbildungsschule mit 35 Schülern und 1 Fortbildungsschule für Kleidermacherinnen mit 61 Teilnehmerinnen. In Freistadt hat es gegeben: 2 Volksschulen (je 1 für Knaben und Mädchen) mit 10 Klassen, 10 Lehrern und 500 Schülern, 2 Bürgerschulen (je 1 für Knaben und Mädchen) mit 8 Klassen, 8 Lehrern und 260 Schülern sowie 1 Gewerbliche Fortbildungsschule mit 2 Klassen, 4 Lehrern und etwa 100 Schülern. Allein in den beiden genannten Städten hat das Deutschtum also befallen: 8 Volks- und Bürgerschulen, die von rund 1750 Schülern be-

sucht wurden, und 6 Fach- und Fortbildungsschulen mit etwa 430 Besuchern. Man sollte meinen, daß Polen allen Grund hat, nabeliegende Vergleiche mit der tschechischen Volkstumspolitik, die den tschechischen Staat in eine schwere und verlustreiche Krise gestürzt hat, zu scheuen.

Dr. Eduard Pant †

Am 20. Oktober d. J. ist Dr. Eduard Pant, der früher einmal eine bedeutende Rolle innerhalb des ostoberschlesischen Deutschtums gespielt hat, gestorben. Länger als ein Jahrzehnt ist Dr. Pant der Vorsitzende des Verbandes deutscher Katholiken in Polen, Mitglied des Warschauer Senates und des Schlesischen Teilsgebietslandtags gewesen. Bis 1930 hat er den in Königshütte erscheinenden „Oberschlesischen Kurier“, die Tageszeitung der katholischen Deutschen, als Chefredakteur geleitet. Außerdem hat

er nach dem Tode Szceponiſki bis 1934 an der Spitze der Deutschen Katholischen Volkspartei gestanden. Nach dem Umsturz im Reich hat Dr. Pant die Fahne des Deutschtums in Polen verraten. Der nationalsozialistischen Weltanschauung hat er mit der Feindschaft eines geistigen Emigranten gegenübergestanden. Seine feindselige Einstellung gegenüber dem Reich hat dazu geführt, daß er jeden Zusammenhang mit der deutschen Volkspartei in Polen verlor. Die Deutsche Christliche Volkspartei, mit der er der früheren Deutschen Katholischen Volkspartei eine breitere Grundlage zu geben gedachte, ist ohne Bedeutung geblieben. Das von ihm herausgegebene Wochenblatt „Der Deutsche in Polen“ hat ihm als Sprachrohr seiner reichsfeindlichen Bestimmung gedient. Die deutschen Kreise Polens haben die Nachricht von seinem Tode ohne Anteilnahme zur Kenntnis genommen.

Bücher über den Osten

Rußlands Griff um Norduropa. Von Vitalis Pantenburg. Schwarzhaupt-Verlag, Leipzig 1938. 174 Seiten. 32 Bilder und 4 Karten. — Das aufschlußreiche Buch behandelt eine Frage, die der deutschen Öffentlichkeit im allgemeinen nur aus kurzen Nachrichten über Spionageprozesse in den nördlichen Ländern oder über das Aufsuchen geheimnisvoller Flugzeuge über den nördlichen Teilen Finnlands, Schwedens und Norwegens bekannt ist. Daß diese Nachrichten nur kleine Auszüge aus einem die europäische Politik berührenden Zusammenhang sind, kommt den meisten, die sie lesen, wohl kaum zu Bewußtsein. Pantenburg deckt in seinem Buche diesen Zusammenhang auf. Er weist nach, daß und mit welchen Mitteln der Rote Jar im Moskauer Kreml die Politik Iwans des Schrecklichen und Peters des Großen fortsetzt: Rußland einen Zugang zum Weltmeer zu öffnen. Das bolschewistische Rußland sucht diesen Zugang auf der Linie des geringsten Widerstandes, d. h. über Nordfinland, Nordschweden und Nordnorwegen. Das bolschewistische Rußland hat den karelischen Korridor, den Raum zwischen Petersburg und Murmansk zu einer großen wirtschaftlichen und militärischen Angriffsbasis gegen diese drei nördlichen Staaten ausgebaut: Leningrad, dessen Bevölkerung seit dem Ende des Weltkrieges von 1½ auf 3 Millionen Menschen gestiegen ist, ist ein gewaltiges Küstungszentrum der Sowjetunion. Eismeer und Ostsee sind über Ladoga- und Onega-See durch einen für Seestreitkräfte benutz-

baren Kanal miteinander verbunden worden. Murmansk, Kantala, Archangelsk, Kirovsk usw. sind Mittelpunkte der wirtschaftlichen Erschließung Nordrußlands geworden. Starke Verbände der roten Luftwaffe, auf die arktische Fliegerei spezialisiert, sind in Karelien und auf der Halbinsel Kola stationiert. Die rote Flotte, durch die stärksten Eisbrecher der Welt ergänzt, findet im nördlichen Eismeer keinen gleichwertigen Gegner. Durch die Annexion des Franz-Josephs-Land und die wirtschaftliche Festlegung auf Spitzbergen hat sich die Sowjetmacht Stützpunkte im Eismeer geschaffen. Ganz eindeutig zielen alle diese und andere Vorbereitungen darauf ab, bei gegebener Gelegenheit über die fast menschenleeren Räume Nordfennoskandiens hinweg den Zugang zu den eisfreien Häfen Nordnorwegens, besonders nach Narvik, und zu den reichen Bodenschätzen, vor allem zu den Erzlagern Nordschweden, vor Kurina und Billivare, zu erzwingen. Dieser

Werbt für
„Ostland“

offensichtlichen Angriffstendenz der Sowjets ist Finnland zwar auf der Hut, aber Schweden und Norwegen zeigen sich fast gänzlich unvorbereitet. Pantenburg berichtet eingehend über die Vorbereitungen der Sowjets; er hebt besonders die Bedeutung hervor, die der Luftwaffe (Fallschirmtruppen) bei einem eventuellen Angriff auf diese arktischen Gebiete zukommt. Er stellt dem gewaltigen Materialaufwand und der unvorstellbaren Vergeudung an Menschen, mit der der bolschewistische Angriff auf Nordeuropa vorbereitet wird, die unzureichende moralische und materielle Rüstung Schwedens und Norwegens gegenüber, während er andererseits nachweist, daß das in erster Linie bedrohte Finnland den Ernst der Lage sehr wohl begriffen hat und seine, für einen längeren Widerstand freilich unzureichenden Kräfte für die kommende Entscheidung rüstet. Pantenburg behandelt eine Frage, der nicht nur die unmittelbar bedrohten Länder, sondern auch die mittel- und westeuropäischen Mächte ihre Aufmerksamkeit zuwenden sollten.

Dr. R.

Unsere Baltikumkämpfer. Die Ereignisse im Baltikum 1918 und 1919. Von Walter von Koherscheidt. Verlag Albert Limbach, Braunschweig 1938. 64 Seiten und 2 Karten. Preis 4.— RM. — Was in den amtlichen Veröffentlichungen über die Kämpfe im Baltikum sowie in den Büchern des Grafen von der Goltz und des Fürsten Arwoloff-Bermond eingehend dargestellt worden ist, wird in dieser Broschüre knapp und volkstümlich geschildert und durch persönliche Erlebnisse ergänzt. Die gefährvolle Lage nach dem Zusammenbruch der u. Armee, die Organisierung eines aus Freiwilligen bestehenden deutschen Widerstandes, die glanzvollen Waffenleistungen der Baltikumkämpfer vom März bis Mai 1919, die charakterlose Haltung Englands, die Schwäche der damaligen Berliner Regierung in der Frage des Baltikumunternehmens, die Episode der Westrussischen Armee und der schließliche Rückzug der von allen Seiten bekämpften und von der Heimat verratenen deutschen Soldaten werden knapp, anschaulich und temperamentvoll geschildert. Als volkstümliche Schrift erfüllt die Broschüre ihre Aufgabe. Für den, der tiefer in die Zusammenhänge eindringen will, ist das Studium der Veröffentlichungen der amtlichen Stellen und der damals auf führenden Posten stehenden Männer allerdings nicht zu entbehren.

Dr. R.

Preussisches Jägerbataillon 27. Finnlands Jugend bricht Auslands Ketten. Ein Lufschachenbericht aus dem Weltkrieg. Von Heinz Hälter. Schwarzhaupt-Verlag, Leipzig 1938. 230 Seiten. Preis 4,80 RM. — Der Bericht stützt sich auf finnländisches und deutsches Aktenmaterial. Er behandelt Ereignisse, die für das deutsche Volk, für das es damals um Tod und Leben ging, vielleicht nur eine Episode waren, von der die wenigsten überhaupt etwas wußten. Diese Episode aber war so interessant und bedeutsam genug, daß sie es durchaus verdient hat, einmal im Zusammenhang dargestellt zu werden. Für Finnland war die Lat der

jungen Männer, die während des Krieges auf Schleichwegen nach Deutschland kamen, um hier ihre militärische Ausbildung zu genießen mit dem Ziel des späteren Einsatzes im Kampf um die Befreiung Finnlands vom russischen Joch, mehr als eine Episode. Sie war ein Schritt zum bewaffneten Freiheitskampf, zu dem sich die jungen Aktivisten entschlossen, die an die Verwirklichung des Rechtes durch passiven Widerstand nicht mehr glaubten. In der deutschen Wehrmacht nahm die aus Ausländern, aus Untertanen einer Feindmacht bestehende Truppe eine eigenartige Stellung ein. An der Ostfront erhielt sie ihre Feuerprobe. Zur Durchführung ihrer eigentlichen Aufgabe aber kam sie erst, als nach Jahren, die für die Ungeduld und Einsatzbereitschaft der finnischen Jäger eine schwere Nervenprobe waren, die Ereignisse so weit gereift waren, daß die durch die harte Schule des preussischen Militärs gegangenen Mannschaften in ihre Heimat gebracht werden konnten, um dort das solbatische Rückgrat der Freiwilligenarmee zu bilden, die sich zum Schutze Finnlands gegen Rußland und den roten Terror erhob.

Dr. R.

Sachsens Geschichte als deutsches Grenzland-schiedsal. Von Rolf Naumann. Verlag E. Heinrich, Dresden 1938. 26 Seiten. Preis 1,20 RM. — Diese kleine, in 2. Auflage vorliegende Schrift führt in calmem Gang durch die sächsische Geschichte, die als deutsche Geschichte mit der Gründung der Burg Meissen im Jahre 929 beginnt. Die Lage nahe dem Herzen des Reiches und an einer Staatsgrenze, die politisch keine Feindgrenze und völkisch keine Fremdgrenze war, hat in der Bevölkerung Sachsens im Laufe der letzten Generationen die Erinnerung an das historische Grenzland-schiedsal ihrer Heimat verblasen und nach dem politischen Umbruch von 1918/19 nur sehr schwer eine neue aktive Grenzlandgenosse aufkommen lassen. Wann und wie Sachsen in früheren Jahrhunderten eine gesamtdeutsche Grenzlandaufgabe getragen hat, wird in der Schrift Naumanns in kurzen Zügen aufgezeigt. An diese Aufgabe zu erinnern, kann auch heute, nachdem der jüden-tendende Volksboden mit dem Reich vereinigt und Sachsen dadurch wieder seinen Charakter als Grenzland des Reiches verloren hat, nicht überflüssig erscheinen. Denn es ist klar, daß das Sudetenland, das sich als ein verhältnismäßig schmaler Streifen nach Böhmen hinein erstreckt, wirtschaftlich, politisch und völkisch eines starken Hinterlandes bedarf, dessen Bevölkerung den Erfordernissen des volkspolitischen Grenzlandkampfes verständnisvoll und einsatzbereit gegenübersteht.

Dr. R.

Kurmark Grenzland. Von Willig Schmidt. Verlag J. Neumann, Neudamm 1938. 64 Seiten. Mit zahlreichen Karten, Bildern und Skizzen. — Die kleine, in 2. Auflage vorliegende Schrift ist unter Mitwirkung des Gebietes Kurmark der Hitlerjugend entstanden. Sie berichtet auf knappem Raum über Landschaft, Vorgeschichte und Geschichte der Kurmark, vor allem ihres östlichen Grenzstreifens gegen Polen. Es ist von den

grenz- und volkspolitischen Fragen, von den Schäden der Verfallener Grenzziehung, von der Arbeit der polnischen Volkspolizei usw. die Rede. Charakteristische Bilder und anschauliche Kartenstücken ergänzen den Text. Weiter enthält die Schrift praktische Hinweise für den Besuch des Grenzlandes, den Wortlaut des Gewaltverzichtsabkommens von 1934 und der Volksgruppen-Erklärung von 1937, schließlich einen knappen Ueberblick über die Literatur.

Geburtenkrieg. Von Paul Danzer, J. F. Lehmanns Verlag, München 1938, 80 Seiten. Preis 1,50 RM. — Temperamentvoll und überzeugend spricht der Verfasser über die Notwendigkeit einer Erhöhung der deutschen Geburtenzahl. Es genügt nicht, fremdes Blut von deutschen Volkstum abzuwehren und die Erbkrankheiten auszumergen; diese Maßnahmen haben erst dann einen wirklichen Sinn, wenn die Kinder, denen sie dienen sollen, auch tatsächlich geboren werden. Vorerst aber hat das deutsche Volk noch lange nicht die Geburtenzahl aufzuweisen, die zu seiner Bestandserhaltung notwendig ist. Der Verfasser setzt sich mit den landläufigen und den „wissenschaftlichen“ Einwänden gegen eine Erhöhung der Geburtenzahl auseinander. Dem Einwand, daß viele Kinder eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit bedeuten, stellt er die erwiesene Tatsache entgegen, daß eine hohe Zahl von Mutterverbraucherinnen, also von Kindern und nichterwerbstätigen Müttern, das sicherste Mittel gegen Massenarbeitslosigkeit ist. Wachsendes Volk bedeutet wachsende Wirtschaft, schrumpfendes Volk aber schrump-

fende Wirtschaft. Dem Einwand, daß man den Eltern aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr als zwei Kinder „zumuten“ könne, hält er die richtige Beobachtung entgegen, daß das Lohnniveau vor dem Kriege, also zu einer Zeit, in der die kinderreiche Familie die Norm war, den Bedürfnissen einer Vollfamilie angepaßt war, heute aber, wo die kinderarme Familie die Norm bildet, den Bedürfnissen der Kinderlosen angepaßt ist, daß heute also ein Zustand besteht, der einen Lastenausgleich verlangt. Die Vollfamilie findet nur in einem kinderreichen Volk volle Entfaltung- und Lebensmöglichkeit und eine über die bloße mühsame Erhaltung hinausreichende Aufstiegsmöglichkeit. Als Entlastung in einem kinderarmen Volk muß sie verkümmern, wenn nicht durch besondere Maßnahmen ihre Wettbewerbsfähigkeit immer wieder hergestellt wird. Man muß sich bei aller Notwendigkeit eines Lastenausgleichs aber darüber im Klaren sein, daß der Wille zum Kind nicht durch materielle Vorzügen geweckt werden kann und daß durch Zulagen und Vergünstigungen dort keine Kinder geboren werden, wo man sie nicht wünscht, daß vielmehr zur Abwendung des Volkstodes, der dem deutschen Volke droht, eine grundsätzliche Umkehr des Denkens und eine weltanschauliche Erneuerung nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch in den Grundfragen des Lebens erforderlich sind. Die Schrift ist durch die leicht faßliche Beweisführung, die Anschaulichkeit der Beispiele und Vergleiche und die Unmittelbarkeit, mit der sie den Leser anspricht, als im besten Sinne volkstümlich zu bezeichnen. Dr. K.

Berlag Dr. Friedrich Cömer, Berlin SW 61, Kantowitzstr. 23. — Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Reibel, Berlin-Friedrichshagen, Jägerstr. 2. — Druck: Verlags-Druckerei GmbH, Berlin-Stieglitzstraße, Wolfenbüttelstr. 7. — Verantwortlich für Anzeigen: Kurt Haupt, Nollentw. 5, Berlin. — Erscheint monatlich zweimal. Postbezugspreis jährlich RM. 0,50, Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr. — Anzeigenpreisliste 4. — S. v. W. G. — Alle Zuschriften sind an den Verlag Dr. Cömer, Berlin SW 30, Poststr. 65 (Berrnstr. 25/26/14) zu richten.

OSTPREUSSEN

Werdet Mitglied der NSV.



Diesel-Schlepper
für Acker u. Straße

Erich Habicht
Königsberg i. Pr., Steindamm 17

C. E. Herbst
Gumbinnen, Königstraße 14
Papier- u. Schreibwaren
Wachstuchverl.

Sichtkartotheken, Bürobedarf
Schreib- und Rechenmaschinen
Fernruf 2118

W. Geysel
Aufzüge —
Fähranlagen.

Tel. 21120
Königsberg, Albrechtstr. 23

**Annahme von Spareinlagen
und Ausgabe von Krediten**

Sparkasse des Kreises Osterode Ostpr.

Zweigstellen in Hohenstein Ostpr., Gilgenburg, Liebemühl und Brückendorf

Gebr. Kittler

Leder für alle Zwecke

Königsberg Pr.

Altstädtische Bergstr. 11